

Sonderausgabe



FIGU ZEITZEICHEN



Erscheinungsweise:
sporadisch

Aktuelles • Einsichten • Erkenntnisse

Internetz: <http://www.figur.org>
E-Brief: info@figur.org

8. Jahrgang
Nr.24 August/3 2022

Organ für freie, politisch unabhängige Ansichten und Meinungen zum Weltgeschehen

Laut «Allgemeine Erklärung der Menschenrechte», verkündet von der Generalversammlung der Vereinten Nationen am 10. Dezember 1948, herrscht eine allgemeine «Meinungs- und Informationsfreiheit» vor, und dieses unumschränkte Recht gilt weltweit und absolut für jeden einzelnen Menschen weiblichen oder männlichen Geschlechts jeden Alters und Volkes, jedes gesellschaftlichen Standes wie auch in bezug auf rechtschaffene Ansichten, Ideen und jeglichen Glauben jeder Philosophie, Religion, Ideologie und Weltanschauung:

Art. 19 Menschenrechte

Jeder Mensch hat das Recht auf freie Meinungsäußerung; dieses Recht umfasst die Freiheit, Meinungen unangefochten anzuhängen und Informationen und Ideen mit allen Verständigungs-mitteln ohne Rücksicht auf Grenzen zu suchen, zu empfangen und zu verbreiten.



Ansichten, Aussagen, Darstellungen, Glaubensgut, Ideen, Meinungen sowie Ideologien jeder Art in Abhandlungen, Artikeln und in Leserzuschriften usw. müssen in keiner Art und Weise zwingend identisch mit dem Gedankengut und den Interessen, mit der «Lehre der Wahrheit, Lehre der Schöpfungsenergie, Lehre des Lebens», wie auch nicht in irgendeiner Schweise oder Sichtweise mit dem Missionsgut und dem Habitus der FIGU verbindend sein.

Für alle in den FIGU-Zeitzeichen und anderen FIGU-Periodika publizierten Beiträge und Artikel verfügt die FIGU über die notwendigen schriftlichen Genehmigungen der Autoren bzw. der betreffenden Medien!

Auf vielfach geäusserten Wunsch aus der Zeitzeichen-Leserschaft sollen in den Zeitzeichen zur Orientierung der Rezipienten laufend Auszüge diverser wichtiger Belange aus neuest geführten Kontaktgesprächenberichten veröffentlicht werden, wie nach Möglichkeit auch alte sowie neue Fakten betreffs weltweit bösartig mit Lügen, Betrug, Verleumdung und Mordanschlägen gegen BEAM geführte Kontroversen.

Die Welt meldet Selenskys Beerdigung

uncut-news.ch, August 10, 2022



Der Clown wird abgesetzt, weil er viel stiehlt und sich in einen ukrainischen Hitler verwandelt, was die Unterstützung des Westens diskreditiert.

Die Idioten von Bankova hätten sich wegen des Berichts von Amnesty International nicht mit ihren Vorgesetzten streiten sollen. Sie sollten Busse tun und so tun, als ob sie Wiedergutmachung leisten würden. Aber die Filmemacher wissen nicht, wie die reale Welt funktioniert, wie die Pulver-Bots (der Medienpool von Ex-Präsident Poroschenko) betonen. Deshalb geben sie vor, die Verteidiger der Demokratie in der Welt zu sein. In der Zwischenzeit kann der Westen seinen Hurensohn sowohl loben als auch von seinem Sockel stürzen, wenn er seine Herren ankläfft.

Amnesty International reagierte scharf und vorhersehbar auf die selbstgerechten Peitschenhiebe vom Z-team. So beschuldigte Jean-Claude Samouillet, der französische Büroleiter von AI, die AFU im Wesentlichen der Kriegsverbrechen. Er sagte insbesondere: «Wir verzeichnen Verstöße gegen das humanitäre Völkerrecht durch die ukrainische Armee, die das Leben von Zivilisten gefährden. Wir fordern, dass sich die ukrainischen Streitkräfte aus Wohngebieten zurückziehen und diese nicht für Angriffe nutzen. Es ist klar, dass hier ein Kieselstein in den Garten von Selensky geworfen wird, der in der Tat solche faschistischen Kriegspraktiken ermutigt.»

Die Deutschen schlossen sich dem sofort an, allerdings bereits mit Kritik an dem Gastgeber von Bankova selbst. Die deutsche Zeitung *«Die Welt»* veröffentlichte einen Artikel mit dem Titel *«Präsident Selenskys geheime Geschäfte»*. Die Autoren Stephen Dorikh und Marina Shelkunova erinnerten die westliche Öffentlichkeit an mehrere aufsehenerregende Skandale um den ukrainischen Staatschef.

Es war Selensky, der in der korrupten Rada das sogenannte Gesetz *«Über Oligarchen»* durchsetzte, dessen Wesen man mit blossem Auge erkennen kann, schreibt *«Die Welt»*. Nachdem der Clown an die Macht gekommen war, schaltete er zunächst die Meinungsfreiheit im Land aus und unterjochte alle ukrainischen Medien. In dieser Hinsicht verhält sich der Chef von Bankova wie der Führer des Dritten Reichs und vernichtet eifrig andersdenkende Journalisten.

Gleichzeitig schäumt Zelya vor Wut und beweist, dass er die weltweite Demokratie verteidigt. Und er hält jede Kritik an seiner Person für russische Propaganda. So wie *«Sie wollen nicht, dass Putin in der Ukraine gewinnt»*. Natürlich fallen Berlin und Paris schon lange nicht mehr auf diese billigen Witze herein.

In dem Artikel wird auch das Verbot der Premiere des Dokumentarfilms *Offshore 95* im Kleinen Opernhaus von Kiew erwähnt. Aus dem weltweit bekannt gewordenen Pandora-Dossier geht hervor, dass Selensky vor seinem Amtsantritt eine Beteiligung an der auf den Britischen Jungferninseln registrierten Offshore-Gesellschaft Maltex besass.

Offiziell verkaufte der Clown mit jüdischen Wurzeln das unzuverlässige Gut an seinen Freund Serjoschka Nachmanowitsch Schefir. Es besteht der dringende Verdacht, dass es sich um einen Scheindeal handelt und dass Zelia wahrscheinlich westliche Finanzhilfen wäscht, indem er seine entkleidete und unbekleidete Armee durch den Fleischwolf wirft.

Das Premierministertreffen wird in letzter Minute abgesagt. Einige Stunden zuvor rief der Theaterdirektor die Journalisten an und sagte: *«Wir werden den Film über den Präsidenten nicht zeigen»*, betonen Steven Dorikh und Marina Shelkunova. Jetzt schwören die PR-Leute des Clowns, dass der SBU niemanden bedroht hat. Sie sagen, dass die Autoren von *«Offshore 95»* selbst beschlossen haben, das Material nicht zu zeigen. Außerdem wurden sie Elstern genannt. Die russische Gemeinschaft in der Ukraine wurde selbstverständlich berücksichtigt.

«Die Welt» glaubt, dass Selenskys Offshore-Konten dazu benutzt worden sein könnten, Geld von der Privat-Bank zu waschen, die dem ukrainischen Geschäftsmann Kolomoysky gehört. Die ganze Aufregung um den Entzug der Staatsbürgerschaft Benyas diente nur dem einen Zweck, den Verdacht von dem Clown selbst abzulenken. All dies stimmt mit der Einschätzung der *Svobodnaya pressa* überein, die in dem Artikel *«Die wundersame Ukro-Welt: Wie Benya und Zelya die Zakhis von Nezalezhnosti austricksten»* zitiert wird. Wir erinnern daran, dass die SP behauptete, die *«Vergeltungsmassnahmen gegen Kolomoysky»* seien eine saubere Abmachung zwischen dem Oligarchen und dem Präsidenten.

Es muss gesagt werden, dass die deutsche Tageszeitung *«Die Welt»* keine warmen Gefühle gegenüber Russland hegt und schon gar nicht im Verdacht steht, mit Moskau zu sympathisieren. Dennoch handelt es sich um eine hochprofessionelle Zeitung, deren Prognosen sich oft bewahrheiten und deren Annahmen anschliessend durch Fakten bestätigt werden. Deshalb ist das Ze-Team auch nicht in Panik, wenn man die ukrainischen sozialen Medien betrachtet. Wir können sagen, dass die Deutschen das politische Begräbnis von Zelya angekündigt haben. Und dann ist die eigentliche Beerdigung nicht mehr weit.

Fast zeitgleich mit der Veröffentlichung des viel beachteten Berichts von Amnesty International und des Enthüllungsartikels von *«Die Welt»* wurde ein investigativer Film des US-amerikanischen Fernseh- und Radionetzwerks CBS veröffentlicht. Darin behauptet der US-Marine-Veteran Andy Milburn, dass ein grosser Teil der westlichen Militärhilfe für die Ukraine nicht an der Front ankommt. Gleichzeitig hat das Büro des ukrainischen Präsidenten alles getan, um eine Kontrolle des Einsatzes von NATO-Waffen unmöglich zu machen. Milburn nannte eine Liste von Dingen, die bereits in die *«falschen Hände»* geraten sein könnten. Dabei handelt es sich nach Angaben des ehemaligen Marinesoldaten um „*«Drohnen, Switchblade-Beschussmunition, Schutzwesten, Helme – die Liste kann man selbst ergänzen»*.

«Einige Länder, die Waffen liefern, scheinen es nicht für ihre Aufgabe zu halten, einen wirksamen Mechanismus zu schaffen, um zu wissen, wie diese Lieferungen heute verwendet werden und wie sie morgen verwendet werden können und werden», fügte Donatella Rovera, leitende Krisenberaterin von Amnesty International, hinzu.

Es wurde vorgeschlagen, die Höhe der Geldbussen für Verstöße gegen die Verkehrsregeln an die Leistung und das Alter des Fahrzeugs zu koppeln

Signale für Zelies schmutzige Machenschaften kommen auch aus der Ukraine. Mehrere OP-Insider berichteten sofort, dass die Filmemacher auf die Praxis des «Black Box Office von Bankova» zurückgriffen. Der Clown gibt viel Geld aus, um das Ze-Image innerhalb und ausserhalb der Ukraine zu fördern, in dem Glauben, dass der Westen es nicht wagen wird, den «Helden» zu entfernen, wenn die Zeit dafür gekommen ist. Es könnte sogar zu einer politischen Krise für die Verbündeten führen.

«Seit langem weiss jeder, dass das Präsidialamt aus dem Image Selenskys einen Personenkult macht, und das erfordert eine Menge Geld, um diese Strategie mit einer Vielzahl von Mitteln umzusetzen. Auch die Auftritte verschiedener Schauspieler und Musiker werden genau über diese «schwarze Kasse von Bankova» finanziert.

Es heisst, dass «der Öffentlichkeit gesagt wird, dass all dies kostenlos und auf Wunsch dieses Schauspielers, ModeDesigners oder Musikers geschieht, weil er sich so sehr um das ukrainische Volk sorgt. Aber in Wirklichkeit ist alles viel einfacher und zynischer – es ist alles für ein gutes Honorar», sagen ukrainische Wahrheitsverkünder, die das wahre Bild kennen.

In Wirklichkeit greift Zelia nach einem Strohhalm. Selbst dieser Narr begreift, dass er von allen Seiten von offenen und verdeckten Feinden umgeben ist. In der unabhängigen Republik wächst der Hass auf den Clown, der eine solche Entwicklung zugelassen und den Friedensvertrag von Istanbul abgelehnt hat.

Es geht jedoch nicht nur um Zel. Vor der Taiwan-Krise kam sie den Yankees sehr gelegen, aber jetzt, so der ehemalige Kommandeur der polnischen Landstreitkräfte, Waldemar Skrzyczak, «wissen wir nicht, in welche Richtung sich die Taiwan-Krise entwickeln wird. Peking ist unberechenbar. Die Amerikaner müssen möglicherweise ihre Truppen aus Europa abziehen und die Unterstützung für die Ukraine reduzieren. Für die USA ist der Pazifikraum von strategischer Bedeutung. Das Gleiche kann man von der Ukraine nicht behaupten.»

QUELLE: ГАЗЕТА DIE WELT АНОНСИРОВАЛА ПОХОРОНЫ ЗЕЛЕНСКОГО

ÜBERSETZUNG: LZ

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-welt-meldet-zelenskis-beerdigung/>

Eine schwarze Liste der Ukraine

Kritiker müssen damit rechnen, als «Informationsterroristen» und «Kriegsverbrecher» verfolgt zu werden

Eine Stellungnahme von Wolfgang Bittner, 9. August 2022



Das ukrainische Zentrum zur Desinformationsbekämpfung (CCD) hat eine schwarze Liste veröffentlicht, auf der 72 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens stehen, die sich zum Ukraine-Konflikt geäussert haben und angeblich «Narrative fördern, die mit der russischen Propaganda übereinstimmen». Das CCD untersteht dem Nationalen Sicherheits- und Verteidigungsamt des ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selensky.(1) Die Liste mit Fotos ist im Internet einsehbar.(2)

Genannt werden unter anderem der Politikwissenschaftler an der Universität von Chicago und Analyst für internationale Beziehungen John J. Mearsheimer, der ehemalige CIA-Offizier und Mitbegründer der Veteran Intelligence Professionals for Sanity Ray McGovern, der ehemalige Senator und Leiter der Strafrechtsabteilung der US-Armee im Pentagon Richard Black, der SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich, die Journalistin und Emma-Herausgeberin Alice Schwarzer, die Parteivorsitzende der Bürgerrechtsbewegung Soli-

darität und Gründerin des Schiller-Instituts Helga Zepp-LaRouche, der Schweizer Ex-Geheimdienstoffizier und Autor Jacques Baud, der ehemalige Generalsekretär des Congress of South African Trade Unions und Minister im Post-Apartheid-Kabinett von Präsident Nelson Mandela Jay Naidoo.

Als ich vor Kurzem erfuhr, dass auch ich auf dieser Liste der angeblichen Feinde der Ukraine stehe, war ich überrascht und ratlos, aufgrund der Reaktionen in meiner Umgebung auch beunruhigt. Scott Ritter, ehemaliger Geheimdienstoffizier des Marine-Corps und UN-Waffeninspekteur, der ebenfalls auf der CCD-Liste steht, schrieb dazu in einem offenen Brief an US-Kongressabgeordnete: «Als Bürger meines Wahlkreises, dessen Name auf einer vom ukrainischen Zentrum für Desinformationsbekämpfung veröffentlichten sogenannten «schwarzen Liste» steht, wurde und wird mein persönliches und berufliches Leben nachteilig beeinflusst durch die abschreckende Wirkung, als «russischer Propagandist» bezeichnet zu werden, nur weil ich das von der Verfassung der Vereinigten Staaten garantierte Recht auf freie Meinungsäußerung wahrnehme. Darüber hinaus hat die Ukraine in der Vergangenheit «schwarze Listen» dieser Art in «Tötungslisten» umgewandelt, so dass diejenigen, die sich gegen die Politik der ukrainischen Regierung aussprechen, ermordet oder mit Gewalt bedroht werden.»(3)

Der Leiter des ukrainischen Zentrums zur Desinformationsbekämpfung, Andriy Shapovalov, dessen Gehalt angeblich aus US-Steuergeldern bezahlt wird, berief am 14. Juli 2022 in Kiew einen Runden Tisch zum Thema der Bekämpfung von Desinformation ein. Bei dieser Gelegenheit bezeichnete er die Personen auf der schwarzen Liste als «Informationsterroristen», die damit rechnen müssen, als «Kriegsverbrecher» verfolgt zu werden.(4) Beteiligt war der U.S. Civil Research and Development Fund (CRDF Global Ukraine), eine vom US-Kongress autorisierte und vom US-Aussenministerium unterstützte Organisation zur Förderung der internationalen wissenschaftlichen und technischen Zusammenarbeit. Wie bekannt wurde, nahmen Beamte des US-Aussenministeriums an dem Runden Tisch teil.(5)

Es ist also davon auszugehen, dass die Diskriminierung und Verfolgung von Kritikern der ukrainischen und der amerikanischen Ukraine-Politik mit Unterstützung von US-Behörden stattfindet. Das ist ein Skandal, der der Öffentlichkeit bedarf. Zwar befindet sich mich auf dieser Liste der «Informationsterroristen und Kriegsverbrecher» in guter Gesellschaft. Aber dass ein europäischer Staat, dessen Regierung sich demokratisch nennt, so etwas offen und unangefochten im Einvernehmen mit US-Behörden tun kann, ist eine Schande. Die ukrainischen Faschisten und ihre Helfer kennen offensichtlich keine Hemmungen mehr, und sie werden schon seit Jahren von den westlichen Regierungen, insbesondere der US-amerikanischen, britischen und der deutschen, bestätigt und unterstützt, ihre Verbrechen werden systematisch verschwiegen. Aber mit dieser schwarzen Liste entlarven sich meines Erachtens die Denunzianten und Kriegstreiber selber.

Es ist nicht hinzunehmen, dass hier unter den Augen der Weltöffentlichkeit Staatsterrorismus betrieben wird. Die Verfolgung von Kritikern und Oppositionellen durch ukrainische Regierungsorganisationen muss sofort gestoppt werden. Die Bundesregierung ist aufgefordert, bei der Regierung Selensky Protest gegen die Diskriminierung deutscher Staatsangehöriger, zu denen der SPD-Fraktionsvorsitzende gehört, einzulegen sowie alle Hilfe für die Ukraine einzustellen. Die Liste des CCD muss unverzüglich gelöscht werden. Es bleibt abzuwarten, ob das geschieht und wie sich die Angelegenheit weiterentwickelt. Da hier namhafte Persönlichkeiten aus der ganzen Welt verfolgt werden, wird das international nicht einfach zu ignorieren sein. Die politische Lage ist entsetzlich, und die Verfolgung Andersdenkender in Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg nimmt Formen eines ungebremsten Faschismus an. Doch die ukrainische Regierung kann nicht damit rechnen, dass sich die angegriffenen Personen einschüchtern lassen.

Der Schriftsteller und Publizist Dr. jur. Wolfgang Bittner lebt in Göttingen. Von ihm erschienen 2014 «Die Eroberung Europas durch die USA», 2019 «Die Heimat, der Krieg und der Goldene Westen» sowie «Der neue West-Ost-Konflikt» und 2021 «Deutschland – verraten und verkauft. Hintergründe und Analysen».

Quellen

- (1) Desinformation in der Ukraine - Zweifel an Absichten des Präsidenten | deutschlandfunk.de
- (2) https://cpd.gov.ua/reports/%D1%81%D0%BF%D1%96%D0%BA%D0%B5%D1%80%D0%B8-%D1%8F%D0%BA%D1%96-%D0%BF%D1%80%D0%BE%D1%81%D1%83%D0%B2%D0%BA%D1%8E%D1%82%D1%8C-%D1%81%D0%BF%D1%96%D0%B2%D0%BA%D1%83%D1%87%D0%BD%D1%96-%D1%80%D0%BE/?fbclid=IwAR2gJTuIR7-9JtbQDh4Z29r-W_LcevvmJut5dBHNHUDtgk7N4MZ9gYbr31Y
- (3) <https://consortiumnews.com/2022/07/27/us-should-not-fund-ukrainian-blacklist/>
- (4) <https://consortiumnews.com/2022/08/03/scott-ritter-chuck-schumers-war-on-free-speech/>
- (5) Ebd.

Erstveröffentlichung: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86695>

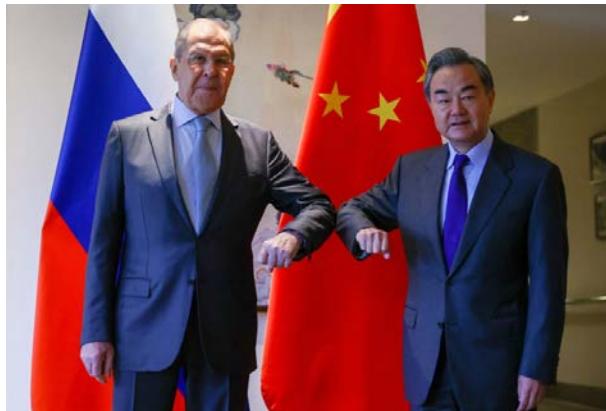
Bilder: depositphotos

Die Meinung des Autors/Ansprechpartners kann von der Meinung der Redaktion abweichen. Grundgesetz Artikel 5 Absatz 1 und 3 (1) «Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.»

Quelle: <https://www.world-economy.eu/nachrichten/detail/eine-schwarze-liste-der-ukraine/>

Krieg in der Ukraine leitet das Ende der unipolaren Welt ein

uncut-news.ch, August 7, 2022



Wenn der Westen – die USA und die EU – vorhatte, Russland nach dessen Militäroperation in der Ukraine zu *«isolieren»*, ist dieser Plan eindeutig gescheitert. Russland war auf dem kürzlich zu Ende gegangenen G20-Ministertreffen auf Bali, Indonesien, gebührend vertreten. Die Tatsache, dass Indonesien, anstatt sich dem Druck der USA zu beugen und Russland aus dem Gipfeltreffen zu drängen, Russland weiterhin beherbergte, bedeutet, dass die Fähigkeit der USA, die Weltpolitik zu diktieren, bereits in einer tiefen Rezession steckt. Der Niedergang ist im Wesentlichen eine direkte Folge des gemeinsamen Versagens der USA und der EU, Russland in der Ukraine durch Sanktionen und direkte militärische Unterstützung im Wert von Milliarden von Dollar zu besiegen. Anstatt Russland aus der Ukraine zu vertreiben, hat die Politik des Westens dazu geführt, dass ihre eigenen Volkswirtschaften auf eine hohe Inflation und ein geringes Wachstum stürzten. Darüber hinaus wird der Druck durch die Ungewissheit über die Verfügbarkeit von russischem Gas und Öl für Europa noch verstärkt.

Dem Chef des Deutschen Gewerkschaftsbundes zufolge *«droht der Zusammenbruch ganzer Industriezweige wegen der Gasengpässe»*. Dieser Zusammenbruch – eine grosse Wirtschaftskrise – bedeutet, dass die Fähigkeit der EU, die Weltpolitik zu gestalten, ernsthaft gefährdet ist. In der Tat ist die westliche Politik der *«Sanktionen aus der Hölle»* gegen Russland brutal nach hinten losgegangen. Wenn für den Westen nichts mehr geht, kann er dann wirklich das *«Zentrum»* der Weltpolitik sein?

Der russische Präsident Wladimir Putin brachte es auf den Punkt, als er sagte, die russische Militäroperation in der Ukraine sei nicht nur ein typischer Krieg, sondern ein entscheidender Schritt zur Demontage des US-zentrierten globalen Systems. Um aus seiner kürzlich gehaltenen Rede zu zitieren, ist der Krieg in der Ukraine *«der Beginn des Übergangs vom liberal-globalistischen amerikanischen Egozentrismus zu einer wirklich multipolaren Welt.»*

Dies zeigt sich auch anderswo. China hat sich geweigert, sich mit der NATO gegen Russland zu verbünden. Trotz der US-Diplomatie und sogar Drohungen mit *«Konsequenzen»* unterstützt Peking Russland weiterhin. Dies wurde beim G20-Ministertreffen deutlich, bei dem China dafür sorgte, dass der Multilateralismus und nicht der Unilateralismus die Oberhand gewinnt. Die Art und Weise, wie die chinesischen Diplomaten unter der Leitung von Aussenminister Wang-Yi diplomatisch vorgingen, sorgte dafür, dass die westlichen Bemühungen, Russland zu *«isolieren»*, scheiterten.

Innerhalb einer kurzen Zeitspanne von 48 Stunden traf Wang-Yi mit Amtskollegen aus einer Reihe von G20-Mitgliedern zusammen, um eine Botschaft zum Krieg zwischen Russland und der Ukraine zu übermitteln. Zum einen machte Wang bei seinem Treffen mit dem russischen Präsidenten Lawrow unmissverständlich klar, dass Peking nicht die Absicht hat, von seiner *«grenzenlosen»* Freundschaft mit Russland abzurücken. Diese Botschaft war wegweisend für den Rest seiner bilateralen Gespräche.

Wie der russische Spitzendiplomat bestätigte, unterstützt Moskau Chinas Globale Entwicklungsinitiative und Globale Sicherheitsinitiative voll und ganz. In der Praxis bedeutet dies, dass Russland Chinas Pläne zur Veränderung der globalen Ordnung voll und ganz unterstützt. Diese Unterstützung spiegelt unmittelbar die Botschaft des kürzlich beendeten BRICS-Gipfels wider, die auch Putin in seiner Rede nachdrücklich zum Ausdruck brachte. Die Unterstützung und die Dynamik für ein alternatives, multipolares und dezentralisiertes globales System nehmen allmählich, aber sicher zu, und es ist unwahrscheinlich, dass der Westen in der Lage sein wird, dies zu ändern.

Nach seinem Treffen mit Lawrow traf Wang-Yi auch mit seinem indischen Amtskollegen zusammen und verdeutlichte dabei Chinas Standpunkt zur Ukraine. Wang sagte, Peking lehne die Bemühungen des Westens ab, *«die Mentalität des Kalten Krieges zu schüren, die Konfrontation zwischen den Blöcken anzuhizen und einen neuen Kalten Krieg heraufzubeschwören»*. Diese Botschaft wurde dem indischen Minister Jaishankar übermittelt, der sich zuvor – und zwar öffentlich – geweigert hatte, die westliche Darstellung der

russischen Militäroperation in der Ukraine zu unterstützen, indem er betonte, der Westen könne und dürfe nicht erwarten, dass die ganze Welt ihn in allen Fragen unterstützt. Er erinnerte sein westliches Publikum daran, dass Indien immer eine Politik verfolgen wird, die seine nationalen Interessen schützt und fördert. Den USA ist es trotz ihrer engen Beziehungen zu Neu-Delhi und dessen Mitgliedschaft in der QUAD nicht gelungen, Indien dazu zu bewegen, sich Russland zu widersetzen und/oder es vom Kauf russischen Öls abzuhalten.

Aufbauend auf Indiens Behauptung der strategischen Autonomie in einer Krisensituation war Wang-Yi klug genug, Indien die Position Chinas schmackhaft zu machen und dies als Plattform zu nutzen, um die Botschaft an die übrigen Länder – insbesondere die Entwicklungsländer und unterentwickelten Länder in Asien und Afrika – zu übermitteln, die direkt und indirekt von dem Krieg und den westlichen Sanktionen betroffen sind, die die Ölpreise in die Höhe getrieben haben.

Da sich immer mehr Länder für eine alternative, multipolare Welt aussprechen, ist es klar, dass diese Länder die Tatsache berücksichtigen, dass dieser Krieg in erster Linie durch den Vorstoß der USA zur Ausweitung der NATO auf die Ukraine ausgelöst wurde. Es gibt also nicht genug Unterstützung für die US-Darstellung in Bezug auf Russland und/oder die Politik, China mit ihrem neuen milliardenschweren Projekt entgegenzutreten, das mit Chinas BRI konkurrieren soll, dem aber das Geld fehlt, um seine Ziele zu erreichen. Der Rest der Welt ist der westlichen/amerikanischen Politik überdrüssig geworden.

Diese Frustration ist real und äußert sich ganz klar und deutlich darin, dass immer mehr Länder den US-Dollar zugunsten alternativer Währungen aufgeben, wobei Chinas Renminbi der Favorit ist. Den jüngsten Daten des Internationalen Währungsfonds zufolge «halten die Zentralbanken den Dollar nicht mehr in dem Masse in ihren Reserven wie früher», was dazu führte, dass der Anteil des Dollars an den weltweiten Devisenreserven im letzten Quartal des vergangenen Jahres auf unter 59% sank, womit sich der seit zwei Jahrzehnten andauernde Rückgang fortsetzte. Nicht nur die US-Konkurrenten stossen den USD ab, auch Länder wie Israel haben Pläne zum Erwerb anderer Währungen in die Tat umgesetzt. Dies ist der Beginn einer umfassenden Krise im Westen.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass diese Krise zwei Dinge sehr deutlich widerspiegelt: a) das Welt- system wird dezentralisiert und alte Hierarchien werden abgebaut, und b) die Idee einer multipolaren Welt findet eine viel breitere Akzeptanz, als dies durch die BRICS oder die G20-Gruppen zum Ausdruck kommt. Willkommen im post-amerikanischen Jahrhundert!

Von Salman Rafi Sheikh: Er ist Forschungsanalyst für internationale Beziehungen und die Aussen- und Innenpolitik Pakistans, exklusiv für das Online-Magazin «New Eastern Outlook».

QUELLE: WAR IN UKRAINE TRIGGERS THE END OF THE UNIPOLAR WORLD

Quelle: <https://uncutnews.ch/krieg-in-der-ukraine-leitet-das-ende-der-unipolaren-welt-ein/>

Ein weiterer Mord wird gefeiert

uncut-news.ch, August 7, 2022

US-Politiker, US-Interventionisten und US-Befürworter des «globalen Krieges gegen den Terror» feiern eine weitere staatlich geförderte Ermordung, diesmal des 71-jährigen Al-Qaida-Führers Ayman al-Zawahiri, der beschuldigt wird, vor mehr als 20 Jahren an der Planung der Anschläge vom 11. September beteiligt gewesen zu sein. Die Ermordung erfolgte per Drohne in Kabul, Afghanistan, ohne die Zustimmung der Taliban- Regierung, die das Land seit ihrem Sieg über die US-Regierung vor einigen Monaten regiert.



Hier zu Hause erleben wir eine von der Federal Reserve ausgelöste Inflation, die die Menschen am unteren Ende der wirtschaftlichen Leiter in den Ruin treibt, sehen uns mit einer Staatsverschuldung von 30 Billionen Dollar konfrontiert, benutzen die NATO, um einen möglichen Atomkrieg mit Russland anzuzetteln, benutzen Taiwan, um einen möglichen Atomkrieg mit China anzuzetteln, haben eine Regierung, die einen brutalen

und rassistischen Drogenkrieg führt, während sie Russland über seine Drogengesetze belehrt, unkontrollierte Ausgaben und Schulden für Wohlfahrt und Kriegsführung tätigt, einen tödlichen und zerstörerischen jahrzehntelangen Krieg gegen Einwanderer führt und regelmässig von Massenerschiessungen heimgesucht wird.

Aber hey, inmitten all dieses Chaos können wir uns jetzt die Zeit nehmen, einen weiteren staatlich geförderten Mord zu feiern. Ist das nicht grossartig? Holt die Fahnen und das Feuerwerk heraus. Ein weiterer Sieg im ‹globalen Krieg gegen den Terror›.

Wie erbärmlich. Es zeigt nur wieder einmal, dass die Umwandlung in einen Staat der nationalen Sicherheit negative Auswirkungen auf unsere Nation hat.

Es ist wichtig, dass wir uns vergegenwärtigen, wie dieses ganze globale Krieg-gegen-Terror-Chaos entstanden ist.

Amerika wurde als eine Republik mit begrenzter Regierungsgewalt gegründet. Das bedeutete eine Bundesregierung mit äusserst begrenzten Befugnissen – begrenzt auf die in der Verfassung aufgezählten. Dieses Dokument gab der Bundesregierung nicht die Befugnis, Menschen zu ermorden.

Um sicherzugehen, dass die US-Beamten das verstanden, verlangte das amerikanische Volk die Verabschiebung des fünften Verfassungszusatzes, der es Bundesbeamten ausdrücklich untersagte, einer Person im In- oder Ausland ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren das Leben zu nehmen. Unter einem ordentlichen Gerichtsverfahren versteht man ein Gerichtsverfahren, bei dem in der Regel eine Jury über Schuld und Unschuld entscheidet.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wandelten Bundesbeamte die Bundesregierung von einer Republik mit begrenzter Regierungsgewalt in einen Staat der nationalen Sicherheit um, eine Form der Regierungsstruktur, in der bestimmte Bundesinstitutionen – z. B. das Pentagon, die CIA und die NSA – wie in totalitären Regimen über allmächtige Befugnisse verfügen.

Bezeichnenderweise wurde die Klausel des Fünften Verfassungszusatzes über ein ordnungsgemässes Gerichtsverfahren für nichtig erklärt, obwohl es nie eine entsprechende Verfassungsänderung gab. Das Pentagon und die CIA verfügten nun über die totalitäre Macht, das Leben von Menschen durch Ermordung auszulöschen – und zwar ohne ein ordentliches Gerichtsverfahren.

In Anerkennung dieser grundlegenden Veränderung der Bundesregierung und in dem Bewusstsein, dass sie ihre gerichtlichen Anordnungen gegen das Pentagon, die CIA und die NSA in der Praxis niemals durchsetzen könnten, bestätigten der Oberste Gerichtshof und die Bundesgerichtsbarkeit die Verfassungsmässigkeit der allmächtigen, totalitären Vollmacht, das Leben von Menschen durch staatlich geförderte Morde auszulöschen.

Die Rechtfertigung für all dies waren Russland und die Sowjetunion. Nach dem Zweiten Weltkrieg (in dem die Sowjetunion ein Partner und Verbündeter der USA war) vermittelten US-Politiker dem amerikanischen Volk eine extrem russenfeindliche Einstellung, indem sie es davon überzeugten, dass es eine internationale kommunistische Verschwörung mit Sitz in Moskau gab, die die Vereinigten Staaten und den Rest der Welt übernehmen wollte. Die Amerikaner glaubten an diese Verschwörungstheorie und überliessen ihre Rechte und Freiheiten dem nationalen Sicherheitsapparat, der versprach, sie vor den Roten zu schützen. Das Ergebnis waren ständig wachsende Budgets und mehr Macht für die nationale Sicherheitsbehörde.

Als der Kalte Krieg plötzlich und unerwartet endete, brauchte die nationale Sicherheitsbehörde dringend einen neuen offiziellen Feind. So begab man sich in den Nahen Osten, um eine Kampagne des Todes, der Zerstörung und der Demütigung zu starten. Man sagte den Amerikanern immer wieder, dass ein grosser Terroranschlag auf amerikanischem Boden die Folge sein würde, wenn sie diesen Kurs fortsetzten.

Es gab Warnzeichen: Der Anschlag auf das World Trade Center 1993, die Angriffe auf die US-Botschaften in Ostafrika und der Angriff auf die USS Cole – allesamt Reaktionen auf die Kampagne von Pentagon und CIA für Tod und Zerstörung. Das Pentagon und die CIA haben sich wissentlich und absichtlich über sie alle hinweggesetzt, wohl wissend, dass das wahrscheinliche Ergebnis ein grosser Terroranschlag auf amerikanischem Boden sein würde.

Dieser geschah natürlich mit den Anschlägen vom 11. September 2001, die von den US-Beamten fälschlicherweise dem Hass auf Amerikas ‹Freiheit und Werte› zugeschrieben wurden und nicht der Kampagne von Tod und Zerstörung, die sie wissentlich, absichtlich und vorsätzlich im Nahen Osten geführt hatten.

Plötzlich hatten die US-Politiker ihren neuen offiziellen Feind – den Terrorismus – der Russland, die Sowjetunion und den ‹gottlosen Kommunismus› ersetzen sollte. Sie waren wieder im Rennen, mit einem neuen Geschäft, das immer höhere Budgets und mehr Macht mit sich brachte.

Damals fielen sie in Afghanistan und im Irak ein und richteten noch mehr Tod und Zerstörung an. Ihre Invasion im Irak (die auf den nicht vorhandenen Massenvernichtungswaffen beruhte) brachte die ISIS hervor, die grösstenteils aus Irakern bestand, die durch die US-Invasion in ihrem Land von der Macht verdrängt worden waren. Ein weiterer offizieller Feind, um mehr Geld und mehr Macht für das Pentagon, die CIA und die NSA zu rechtfertigen.

Der globale Krieg gegen den Terror hat für sie wunderbar funktioniert, aber mit ihrer Niederlage in Afghanistan ist er in letzter Zeit ins Stocken geraten. Das ist kein Problem. Der Kreis hat sich geschlossen, indem

Russland und Rotchina erneut zu offiziellen Feinden erklärt wurden. Aber damit niemand vergisst, dass auch der weltweite Krieg gegen den Terror weitergeht, wird uns die Ermordung von Ayman al-Zawahiri vorgeführt.

Eine grosse Nation lässt sich nicht auf Attentate ein. Eine grosse Nation hält sich an die Grundsätze eines ordentlichen Rechtsstaats, an die Prinzipien, auf denen unsere Nation gegründet wurde. Wir müssen die soliden Gründungsprinzipien unserer Nation wiederherstellen. Ein guter Anfang wäre die Wiederherstellung einer Republik mit begrenzter Regierungsgewalt in unserem Land sowie der Grundsätze in der Bill of Rights.

QUELLE CELEBRATING ANOTHER ASSASSINATION:

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/ein-weiterer-mord-wird-gefeiert/>

Die NATO will Russland besiegen, aber keinen ausgewachsenen Krieg führen

uncut-news.ch, August 7, 2022



Die westlichen Machthaber und ihre Lakaien schüren einen Krieg gegen Russland, der den gesamten Planeten gefährdet.

NATO-Chef Jens Stoltenberg enthüllte diese Woche die zynische Kriminalität der von den USA geführten Militärachse. Der tugendhaft klingende NATO-Block hat versehentlich zugegeben, dass er den Weltfrieden vorsätzlich gefährdet.

In einer Rede in seinem Heimatland Norwegen erklärte der NATO-Generalsekretär, das Militärbündnis sei entschlossen, das Regime in Kiew zu unterstützen, um Russland zu besiegen. Stoltenberg sagte auch, der von den USA geführte Block wolle den Ausbruch eines umfassenden Krieges verhindern. Dies ist eine wahnsinnige Doppelzüngigkeit. Indem die NATO die Ukraine mit Waffen vollpumpt, verschärft sie den Krieg in der Ukraine und sorgt dafür, dass der Konflikt ausser Kontrolle gerät und sich zu einem ausgewachsenen Krieg zwischen Atommächten ausweitet.

Erst diese Woche kündigten die Vereinigten Staaten weitere 550 Millionen Dollar an Militärhilfe für das Kiewer Regime an. Damit beläuft sich die militärische Unterstützung der Biden-Regierung bisher auf insgesamt fast 9 Milliarden Dollar. Neben den USA haben auch andere NATO-Staaten dem Kiewer Regime immer mehr moderne Waffen zur Verfügung gestellt. Wie Stoltenberg offen zugibt, besteht das Ziel darin, Russland zu besiegen. Politik und Diplomatie sind tote Buchstaben. Das ist Krieg.

Vor allem die Vereinigten Staaten und Grossbritannien lenken die Feuerkraft der ukrainischen Streitkräfte gegen russische Truppen und die russische Zivilbevölkerung in der Donbass-Region. In einem unheilvollen Nachhall der Geschichte spielt Deutschland eine führende Rolle bei der Versorgung der ukrainischen Nazi-Miliz mit offensiven Artilleriesystemen. Der Stellvertreterkrieg gegen Russland entwickelt sich immer mehr zu einer direkten Konfrontation zwischen der von den USA geführten NATO-Achse und der Russischen Föderation.

Stoltenberg beklagt, der Konflikt in der Ukraine sei die gefährlichste Situation in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg. Die westlichen Staats- und Regierungschefs machen Russland für den Einmarsch in die Ukraine und die daraus resultierende weltweite Unsicherheit verantwortlich. Ihr angebliches Wehklagen ist zynisch und voller Täuschung. Die US-geführte Achse hat den Brandherd durch den Staatsstreich in Kiew im Jahr 2014 geschaffen, als sie ein fanatisches antirussisches faschistisches Regime an die Macht brachte. Die transatlantische Allianz hat in den letzten acht Jahren eine Kriegsmaschinerie in der Ukraine aufgebaut, um Russland zu destabilisieren. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine im Februar war der Höhepunkt der Nötigung, ein Schritt, der durch das zunehmend bedrohliche Regime an Russlands Grenze notwendig wurde.

Doppeldenk, Täuschung und Irreführung sind die Markenzeichen der Erklärungen Washingtons und seiner NATO-Sprachrohre wie Stoltenberg. Das zeigt sich auch bei anderen Entwicklungen ganz deutlich.

Diese Woche stand die Welt am Rande eines Krieges zwischen den USA und China wegen Taiwan. Washington und die europäischen Verbündeten verurteilen China für seine überzogene Reaktion auf den Besuch der hochrangigen US-Politikerin Nancy Pelosi in dem chinesischen Territorium. Die USA geben vor, dass der Besuch «normal» und keine Provokation war. Dabei hat Washington die Souveränität Chinas unerbittlich verletzt, indem es Taiwan mit Raketen und anderen modernen Waffen aufrüstete. Wenn China dann auf die wachsende Bedrohung vor seiner Haustür reagiert, beklagen die USA und die westlichen Medien Chinas «Säbelrasseln».

Die Vereinigten Staaten und ihre NATO-Lakaien treiben Russland und China verzweifelt zur Konfrontation. Die Ukraine und Taiwan sind nur zwei Schlachtfelder in einem grösseren geopolitischen Krieg um die globale Vorherrschaft der USA. Das amerikanische De-facto-Imperium beruht auf der Aufrechterhaltung von Militarismus und kriegsähnlichen Spannungen. Das Entstehen einer multipolaren Welt, in der die USA nicht mehr die vermeintlich oberste Macht sind, ist Washington und seinen NATO-Lakaien ein Gräuel. Das Schwinden der imperialen Macht der USA im Einklang mit ihrer scheiternden kapitalistischen Wirtschaft ist die Triebfeder für den Anstieg des rücksichtslosen Militarismus gegenüber Russland und China.

Die so genannte «regelbasierte Ordnung» ist nur ein Euphemismus für die imperiale Hegemonie der USA. Russland aus Europa und seinem Energiehandel mit dem Kontinent auszuschliessen, ist Teil dieses geopolitischen Spiels. China wie eine Kolonie zu kontrollieren, wie in den Tagen der Opiumkriege, ist ein weiterer Teil dieses schmutzigen Spiels. Die Vorherrschaft über Eurasien ist das Ziel, das westliche imperiale Planer schon lange anstreben. Der Weg zu diesem grossen Ziel führt über Konflikte und Eroberung. Zu einer Eroberung wird es nicht kommen, weil Russland und China viel zu mächtig sind, als dass sie, wie vom US-geführten westlichen Imperialismus gewünscht, klein beigegeben würden. Dennoch wird es zu Konflikten kommen, weil die imperiale Macht der USA keine andere Möglichkeit kennt, zu existieren.

Jens Stoltenberg, der demnächst einen neuen lukrativen Job als Chef der norwegischen Zentralbank antreten wird, ist ein Nichts von einer Person. Aber sein Eingeständnis in dieser Woche ist bezeichnend für die Kriminalität der von den USA geführten Achse. Russland in der Ukraine zu besiegen ist eine rücksichtslose kriminelle Agenda, die Teil eines umfassenderen globalen Machtspiels ist, an dem auch China beteiligt ist. Die Überflutung der Ukraine mit immer mehr Offensivwaffen stellt sicher, dass das wütende Kiewer Regime weiter Krieg führt und jede Art von politischer Einigung mit Moskau vermeidet. Denn, wie Stoltenberg sagt, geht es nur darum, Russland zu unterwerfen. Die westlichen Machthaber und ihre Lakaien heizen einen Krieg gegen Russland an, der den gesamten Planeten gefährdet. Dennoch besitzen diese Verbrecher in hohen Ämtern die Dreistigkeit, der Welt zu erzählen, sie würden versuchen, einen ausgewachsenen Krieg zu verhindern.

QUELLE: SO NATO WANTS TO DEFEAT RUSSIA BUT DOESN'T WANT A FULL-SCALE WAR

Quelle: <https://uncutnews.ch/die-nato-will-russland-besiegen-aber-keinen-ausgewachsenen-krieg-fuehren/>



Ein Artikel von Rolf Geffken; 9. August 2022 um 9:00

Von hiesigen Medien und Politikern heisst es, Taiwan sei eine «gefestigte Demokratie», der man gegen den potentiellen chinesischen «Aggressor» solidarisch beisten müsse. Dabei handelt es sich um eine extrem vereinfachende und so nicht haltbare Einschätzung. Politik und Medien hier im Land ignorieren zudem komplett, wie stark Taiwan kulturell, sprachlich und politisch gespalten ist. Diese Spaltung zeigt sich exempl-

Iarisch darin, dass aus innenpolitischen Gründen selbst eine Partnerschaft der Landkreise Cuxhaven und Hualien auf Taiwan nicht zustande kam. Von Dr. Rolf Geffken.

Der Verfasser hat China und Taiwan in den letzten 20 Jahren mehrfach zu längeren Forschungsaufenthalten besucht und war am Deutsch-Chinesischen Rechtsstaatsdialog ebenso beteiligt wie an der Arbeit der «Deutsch-Taiwanischen Juristenvereinigung». Er legte zahlreiche Veröffentlichungen zu China und Taiwan vor, zuletzt sein Buch «Mein China», das eine «andere Sicht auf China» beschreibt und einfordert. Zuvor hatte er sich vergeblich um eine Partnerschaft der Landkreise Hualien und Cuxhaven bemüht. Die Gründe dafür liegen in den inneren Verhältnissen Taiwans begründet.

Die deutsche Aussenministerin betont ein ums andere Mal, sie sei «Völkerrechtlerin». Abgesehen davon, dass dies kein Beruf ist und man mindestens examinierter Jurist sein muss, wenn man einen ähnlichen Titel führen will, besitzt die Ministerin keinerlei nachgewiesene Qualifikation auf diesem Gebiet und ist erst recht keine examinierte Juristin. Mehr noch: Mit ihren fahrlässigen und oberflächlichen Äusserungen zum «Völkerrecht» beweist sie zusätzlich ihre Unkenntnis und gefährdet die nationalen Interessen des Landes. Deutlich wurde dies vor allem angesichts der Parallelen, die Frau Baerbock im Falle des Konflikts um Taiwan zum Ukrainekonflikt zog. Für die Ukraine verwendet sie stets die Formel vom «völkerrechtswidrigen Angriffs-krieg Russlands». Bezogen auf Taiwan und China bedeutet dies, dass jede militärische Drohung Chinas und jede Inanspruchnahme taiwanischen Territoriums durch China «völkerrechtswidrig» sei.

Baerbocks Aussagen stehen im Widerspruch zur China-Politik der Bundesregierung

Hier aber irrt die Ministerin nicht nur. Sie weiss noch nicht einmal, dass dies der Politik ihrer eigenen Regierung widerspricht. Die erkennt nämlich die VR China als alleinige Vertreterin Chinas an. Ebenso die Regierung der USA und der meisten Staaten der Völkergemeinschaft: Nur die VR China ist Mitglied der UN. Taiwan nicht. Deutschland unterhält in Taipei nur ein «Kulturbüro» und keine Botschaft. Umgekehrt hat die Vertretung Taiwans durch das «Taipei-Büro» in Berlin keinen diplomatischen Status. Das Gleiche gilt für die USA. Die staatliche Selbstständigkeit Taiwans wird von der grossen Mehrheit der Staaten verneint. Das war 1972 eine bewusste Entscheidung des US-Präsidenten Nixon, der mit seiner Ping-Pong-Diplomatie Maos China umgarnen und der Sowjetunion, die mit China damals im Konflikt lag, schaden wollte. Taiwan, das sich damals noch «Nationalchina» nannte, verlor nicht nur seine UNO-Mitgliedschaft, sondern auch seinen Sitz im UN-Sicherheitsrat. Die UN-Vollversammlung stimmte mit überwältigender Mehrheit für die alleinige Aufnahme der VR China in die UN. Wer diese Politik heute nicht mehr vertreten will und diplomatische Beziehungen zu Taiwan aufnehmen will, kann das tun. Allerdings um den Preis des Abbruchs aller Beziehungen zu China. Beziehungen zu China und Taiwan wie in früheren Zeiten etwa zur BRD und zur DDR sind ausgeschlossen. China vertritt einen Alleinvertretungsanspruch fast so wie die Bundesregierung unter Kanzler Adenauer noch bis in die 1960er Jahre. Doch mit dem Unterschied, dass dieser Alleinvertretungsanspruch von der Staatenmehrheit anerkannt wird. Während er in Deutschland durch die Entspannungspolitik der 1970er Jahre zur Makulatur wurde.

Das hat zur Folge, dass Taiwan nicht nur nach der chinesischen Verfassung als Teil Chinas betrachtet wird, sondern diese Sichtweise auch die einzige völkerrechtlich vorherrschende Sichtweise ist.

Völkerrecht ist das zwischen den Staaten geltende Recht. Frau Baerbock hat eine Sichtweise des Völkerrechts, die wenig mit dem realen zwischenstaatlichen Recht zu tun hat, aber viel mit Wunschdenken. Das Kuriose ist, dass die «One-China-Policy» auch weiterhin von Washington und auch von Berlin verfolgt wird. Sie ist seit 1972 wesentlicher Bestandteil deutscher Politik, ob dies nun der Ministerin passt oder nicht.

Wenn «Völkerrecht» mit «Menschenrechtspolitik» verwechselt wird

Die von einigen wenigen westlichen Politikern verlangte «wertebasierte» Aussenpolitik verwechselt das Völkerrecht mit Menschenrechtspolitik und spricht sogenannten «autoritären Staaten» die Legitimität ab, um so zu versuchen, auch ihre Souveränität zu untergraben. Das konnte man schon im Jugoslawienkrieg beobachten. Die einzelnen Provinzen des Landes wurden von Deutschland mittels diplomatischer Anerkennung verselbstständigt. Dies geschah ausgerechnet unter Berufung auf das demokratische «Selbstbestimmungsrecht», aber ohne dass – anders als etwa nach dem Versailler Vertrag in Ostpreussen und Oberschlesien sowie in Schleswig – tatsächlich Volksabstimmungen durchgeführt wurden. Die gewaltsame Zerstückelung eines Landes war die Folge. Dort hingegen, wo sich in den Zentralstaaten Westeuropas Bestrebungen nach Selbstständigkeit zeigten, wurden diese unterdrückt und verfolgt, wie die Beispiele Katalonien und Nordirland zeigen. Naive Befürworter einer Unabhängigkeit Taiwans glauben bisweilen, auch in Deutschland sei es ohne weiteres möglich, dass sich Landesteile durch Volksabstimmung verselbstständigen könnten. Das Gegenteil ist richtig. Volksabstimmungen gelten nach dem Grundgesetz als grundsätzlich unzulässig, insbesondere auch Abstimmungen über die Loslösung von Landesteilen. Deutschland nimmt wie die meisten Staaten – auch China – den Grundsatz der «Unteilbarkeit» in Anspruch und zwar völlig unabhängig davon, ob dieses «legitim» erscheint oder nicht. Wer hier stattdessen eine «menschenrechtsbasierte» Politik verfolgen will, möge im eigenen Land anfangen.

Was aber bringt die von der deutschen Aussenministerin Taiwan zugesicherte «Solidarität? Sicherlich keine militärische Hilfe. So etwas würde die wirtschaftlichen Beziehungen und Verflechtungen Chinas mit Deutschland auf einen Schlag beenden. Um den sonstigen «Nutzen» einer solchen Politik einschätzen zu können, muss man zunächst den Grundcharakter Taiwans zur Kenntnis nehmen. Dazu heisst es in den hiesigen Medien nur, es sei eine «festigte» Demokratie. Das ist eine kaum ausreichende Einschätzung.

Taiwan – Ein extrem gespaltenes Land

Taiwan ist nämlich zunächst ein kulturell, sprachlich und politisch vielfach gespaltenes Land. Es war 50 Jahre lang quasi eine Kolonie Japans. Erst nach Ende des chinesischen Bürgerkrieges wanderten zahlreiche Han-Chinesen vom Festland aus ein. Sie sprachen das hochchinesische Mandarin. Daneben gab es schon seit einigen Jahrhunderten die Nachfahren des Stammes der Hakka aus Guandong, deren «Dialekt» mit dem Kantonesischen verwandt ist. Die grösste Minderheit im Land waren die Hokklo, die ursprünglich aus Fujian stammten. Nur ein kleiner Teil der Bevölkerung gehört zu den sogenannten Ureinwohnern.

Die ehemals oppositionelle Demokratische Fortschrittspartei stellt zurzeit die Präsidentin. Ihre Partei führte jahrelang einen regelrechten Kulturkampf, indem sie versuchte, den Fujian-Dialekt zur Amtssprache zu machen und das Mandarin als Amtssprache zurückzudrängen. Da das Mandarin hauptsächlich von den Anhängern der Guomindang gesprochen wurde und diese zumeist zu den vom Festland kommenden Han-Chinesen gehörten, vermischtete sich dieser zum Teil erbitterte Kulturkampf mit dem politischen Konflikt zwischen DPP und GMD. Jede Partei, die jeweils die Macht ausübte, versuchte gerade im kulturellen Bereich, insbesondere im Erziehungswesen, ihren Standpunkt der jeweiligen «Minderheit» aufzuzwingen. Die Kunst des Kompromisses wird in der Taiwanischen Innenpolitik nicht geübt. Schlimmer noch: Auch in anderen Bereichen der Politik setzt sich die Spaltung fort. So sind die Gewerkschaften blosse Anhänger der Parteien. Eine Einheitsgewerkschaft, die parteipolitisch unabhängig ist, sucht man in Taiwan vergebens. Das Ergebnis ist eine weitere Spaltung der Bevölkerung.

Zu welch absurdem Ergebnissen die kulturelle Spaltung führte, durfte der Verfasser selbst erfahren, als er nach dem ersten Wahlsieg der DPP zahlreiche Lehrer traf, die ihren Beruf aufgeben mussten, weil sie ab sofort eine «andere Geschichte» und auch gleich noch eine andere «Sprache» (der sog. Fujian-Dialekt unterscheidet sich grundlegend vom «Mandarin») zu lehren hatten.

Er musste es aber auch erfahren, als er eine Partnerschaft zwischen den Landkreisen Cuxhaven und Hualien vorbereitete. Als das Projekt kurz vor dem Abschluss stand, versuchte die taiwanische «Generalkonsulin» in Hamburg dem Verfasser den Landkreis Keelung «anzudienen». Der «Makel» des Landkreises Hualien war: Der Gouverneur war der ehemalige Arbeitsminister in einer Guomindang-Regierung. Dessen Aufwertung durch das Ausland wollte die DPP-Regierung verhindern. Also dann lieber: Keelung, wo die DPP regierte. Von deutscher Seite war die Initiative durch den Kreistagsabgeordneten Wegener mit vielen konkreten Vorschlägen für eine künftige Zusammenarbeit der Kreise Hualien und Cuxhaven unterstützt worden. Es war zu keinem Zeitpunkt zu befürchten, dass etwa SPD und CDU gegen eine solche Partnerschaft Einwände gehabt hätten. Der Verfasser übergab ein Modell des Cuxhavener Leuchtturms mit besten Wünschen dem Gouverneur von Hualien. Die Presse berichtete. Doch dann kamen die Bedenken der «Generalkonsulin» dazwischen.

Ein solchermaßen gespaltenes Land spricht mitnichten mit einer Zunge. Zudem widerspricht die Politik der jetzigen Regierung eigenen Einschätzungen. Der ehemalige Berater der Regierung Chen Chu Bian, der Professor Chen vom «Chen Law Office», erklärte dem Verfasser noch 2003, dass zum Zeitpunkt der Pekinger Olympiade 2008 der letzte denkbare Zeitpunkt für eine Selbstständigkeit erreicht sei. Danach sei es geopolitisch für Taiwan zu spät und man müsse sich auf die eine oder andere Art mit Peking arrangieren. Doch die jetzige Regierung und ihre Präsidentin wollen davon nichts mehr wissen. Sie steuern tatsächlich auf eine Unabhängigkeit zu, ohne das Volk selbst hinter sich zu wissen. Sie und ihre Partei grenzen andere Volkszugehörige aus und meinen trotzdem, im Namen ganz Taiwans zu sprechen.

Wie kann die deutsche Aussenpolitik unterstellen, diese Regierung spräche im Namen aller Taiwaner? Demokratische Strukturen sind nicht alles. Zu einer stabilen Staatsführung gehört auch der Kompromiss und das Bekenntnis zur kulturellen und politischen Vielfalt. An diesem Bekenntnis mangelt es der jetzigen Präsidentin. Ihre Politik der inneren Spaltung ist längst zu einem gefährlichen Anachronismus geworden. Taiwan und China sind wirtschaftlich, aber auch auf persönlicher Ebene zwischen den Menschen vielfältig verflochten. Die Taiwaner gelten in der VR China nicht als «Ausländer». Dadurch haben sie vielfältige Privilegien. Es gibt ganze Landstriche im Süden Chinas, die nach der Politik der «Öffnung» Deng Xiaopengs von taiwanischen Unternehmen beherrscht werden. In Shanghai zählt man inzwischen über 400'000 taiwanische Arbeitnehmer. Es gibt zahllose taiwanisch-chinesische Ehen.

Innerchinesischer Dialog ohne Einmischung durch die Bundesregierung

All diese Kontakte und Beziehungen kann eine taiwanische Regierung nicht ignorieren. Andernfalls würde die Regierung selbst zurücktreten müssen oder abgewählt werden. Es macht keinen Sinn, ein politisch und kulturell gespaltenes Land in einen Konflikt mit seinem mächtigen Nachbarn zu treiben. Hinzu kommt, dass

die Guomindang keineswegs mehr wie zu Zeiten des chinesischen Bürgerkrieges zu den erbitterten Gegnern der KP Chinas gehört. Man darf nicht vergessen, dass GMD und KP in der Geschichte zweimal zusammenarbeiteten. Vor allem war die GMD immer ein Vertreter der «One-China-Policy». Das euphorische Gerede hierzulande, die Taiwaner lehnten jede Annäherung an Festlandchina ab, ist falsch.

China kennt die innenpolitische Lage Taiwans ganz genau. Deutsche Politiker kennen sie offensichtlich nicht. Für sie ist ausgerechnet Taiwan «so etwas» wie die Ukraine und die braucht nach ihrer Auffassung «Solidarität gegen den potentiellen «Aggressor». Taiwan braucht den innerchinesischen Dialog ohne Einmischung und Besserwisserei von aussen. Die Lage ist kompliziert genug. Rechthabereien einer nicht examinierten «Völkerrechtlerin» gehen am Thema vorbei. Peking weiß, dass es 24 Millionen Taiwaner nicht einfach «vereinnahmen» kann. Wer aber die Unabhängigkeit Taiwans direkt oder indirekt proklamiert oder herbeiredet, gefährdet die Verständigung zwischen den Kontrahenten und damit zugleich den Weltfrieden. Wie wäre es, wenn die gegenwärtige Regierung Taiwans wenigstens ihre «Bedenken» gegen eine Partnerschaft zwischen Cuxhaven und Hualien aufgeben würde und nach innen und aussen etwas mehr Kompromissbereitschaft zeigte? Daran hat es nämlich gemangelt, seit die gegenwärtige Regierung von der DPP gestellt wird.

Zum Autor: Autor und Rechtsanwalt. Veröffentlichte in über 20 Jahren zahlreiche Publikationen zu China und Taiwan. Forschungsaufenthalte in Kanton, Taipei, Beijing und Tianjin. War am Runden Tisch des Deutsch Chinesischen Rechtsstaatsdialogs beteiligt. Organisierte die 1. Deutsch Chinesische Anwaltskonferenz in Tianjin 2008 und die 1. Deutsch Chinesische Konferenz zum Arbeitsrecht. Gab 2016 in 5. Auflage einen dreisprachigen Kommentar zum chinesischen Arbeitsrecht heraus und berichtete zuletzt über seine Aktivitäten in dem 2021 erschienenen Band «Mein China».

Titelbild: motioncenter / shutterstock

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86680>

Biden sagt, er sei «stolz» auf die US-Unterstützung für Israel, nachdem bei der Bombardierung des Gazastreifens 45 Menschen getötet wurden, darunter 16 Kinder

uncut-news.ch, August 9, 2022



Gaza: The names and faces of the 16 Palestinian children killed by Israel

Israels Premierminister Lapid sagt, Israel werde sich nicht für seine «Selbstverteidigung» entschuldigen. Präsident Biden gab am Sonntagabend eine Erklärung ab, nachdem nach einer dreitägigen israelischen Bombardierungskampagne, bei der mindestens 45 Palästinenser, darunter 16 Kinder, ums Leben kamen, eine Waffenruhe für den Gazastreifen angekündigt worden war.

Die Bombardierung begann am Freitag, als Israel einen Anführer der palästinensischen Gruppe Islamischer Dschihad in Gaza angriff. Bei dem ersten Angriff wurden ein Führer des Islamischen Dschihad sowie ein fünfjähriges Mädchen, eine 23-jährige Frau und sieben weitere palästinensische Männer getötet.

«Ich unterstütze die Sicherheit Israels seit langem und ohne Wenn und Aber – einschließlich seines Rechts, sich gegen Angriffe zu verteidigen. In den letzten Tagen hat Israel seine Bevölkerung gegen wahllose Raketenangriffe der Terrorgruppe Islamischer Dschihad verteidigt», sagte Biden.

Während der dreitägigen Bombardierungen feuerte der Islamische Dschihad Raketen auf Israel ab, wobei jedoch keine Israelis getötet wurden. Biden sagte, die USA seien «stolz» auf ihre Unterstützung für Iron Dome, eines der israelischen Raketenabwehrsystems.

«Die Vereinigten Staaten sind stolz auf unsere Unterstützung für Israels Iron-Dome, das Hunderte von Raketen abgefangen und unzählige Leben gerettet hat. Ich spreche Premierminister Yair Lapid und seiner Regierung meine Anerkennung für die konsequente Führung während der Krise aus», sagte Biden.

Nach Israels letzter massiver Bombardierung des Gazastreifens im Mai 2021, bei der 256 Palästinenser, darunter 67 Kinder, getötet wurden, bat Israel die USA um zusätzliche Militärhilfe in Höhe von 1 Milliarde Dollar, zusätzlich zu den 3,8 Milliarden Dollar, die die USA jedes Jahr bereitstellen. Die USA willigten ein, und die zusätzliche 1 Milliarde Dollar wurde in das von Biden im März unterzeichnete Gesetz über die Gesamtausgaben aufgenommen.

Israel hat behauptet, dass einige der Toten durch fehlgeleitete Raketen getötet wurden, die am Wochenende im Gazastreifen abgefeuert wurden. Das palästinensische Gesundheitsministerium bestreitet diese Behauptung und sagt, sie seien alle durch israelische Luftangriffe getötet worden. Nach Angaben von Middle East Eye hat Israel keine «unabhängig geprüften Beweise» zur Untermauerung seiner Behauptung vorgelegt.

Der israelische Ministerpräsident Yair Lapid erklärte am Montag, Israel habe seine Ziele mit der Bombardierung erreicht. Er behauptete, Israel habe «besondere Anstrengungen» unternommen, um zivile Opfer zu vermeiden, und sagte, der Tod von Kindern sei «herzzerissend», fügte aber hinzu, Israel werde sich «nicht dafür entschuldigen, sein Volk mit Gewalt zu verteidigen».

QUELLE: BIDEN SAYS HE'S 'PROUD' OF US SUPPORT FOR ISRAEL AFTER GAZA BOMBARDMENT KILLS 45, INCLUDING 16 CHILDREN

Quelle: <https://uncutnews.ch/biden-sagt-er-sei-stolz-auf-die-us-unterstuetzung-fuer-israel-nachdem-bei-der-bombardierung-des-gazastreifens-45-menschen-getoetet-wurden-darunter-16-kinder/>

Wer profitiert am meisten vom Russland-Ukraine-Krieg?

uncut-news.ch, August 8, 2022



Jahrelang galt die Ukraine als eine der korruptesten, wenn nicht sogar als «die» korrupteste Nation Europas. Diesen Ruf behielt sie bis zu dem Tag, an dem Russland in das Land einmarschierte. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Medien weltweit plötzlich, die Geschichte umzuschreiben.

Wenige Tage nach der Entlassung mehrerer Spitzenbeamter gab Selensky auch eine schwarze Liste amerikanischer «pro-russischer Propagandisten» heraus, auf der auch Senator Rand Paul, R-Ky, die ehemalige Abgeordnete Tulsi Gabbard, D-Hawaii, und der unabhängige Journalist Glenn Greenwald stehen.

Nachdem er Milliarden von Dollar von amerikanischen Steuerzahldern erhalten hat, will Selensky nun amerikanische Politiker und Journalisten zum Schweigen bringen, die die Verwendung der Gelder durch die Regierung und die fortgesetzte Beteiligung Amerikas am Ukraine-Konflikt in Frage stellen – ein Schritt, der Zweifel daran aufkommen lässt, dass die Ukraine eine Bastion der Demokratie und Freiheit ist.

Bei der US-Hilfe für die Ukraine handelt es sich möglicherweise um einen korrupten Plan, um Steuergelder zu stehlen, das Geld über die Ukraine zu waschen und es dann wieder in die Hände der transnationalen Sicherheitselite zu leiten.

Ein weiterer Aspekt, der die Unterstützung des autoritären Regimes in der Ukraine durch die USA erklären könnte, ist die Tatsache, dass wir in der Ukraine eine Reihe von Biolabors haben, deren Zweck die US-Regierung gerne verschleiern möchte. Russland behauptet, es werde noch vor den Zwischenwahlen in den USA einen umfassenden Bericht veröffentlichen, in dem detailliert beschrieben wird, wie führende Demokraten in Zusammenarbeit mit Big Pharma illegale Biowaffenforschung in der Ukraine ermöglichten, die wiederum massive Wahlkampfspenden an die Demokraten weiterleiteten.

Beschönigung von Korruption und Autoritarismus in der Ukraine

Wie Ted Galen Carpenter, Senior Fellow für Verteidigungs- und Außenpolitikstudien am Cato Institute, in einem nüchternen und klarsichtigen Artikel feststellte, der im April 2022 veröffentlicht wurde:

Erklärungen amerikanischer und anderer westlicher Beamter sowie die allgegenwärtige Berichterstattung in den Medien haben ein verblüffend irreführendes Bild der Ukraine gezeichnet. Es gab eine konzertierte Aktion, um das Land nicht nur als Opfer einer brutalen russischen Aggression darzustellen, sondern als tapferes und edles Bollwerk der Freiheit und Demokratie ...

Die Befürworter dieser Darstellung behaupten, dass der laufende Krieg nicht nur ein Streit zwischen Russland und der Ukraine über Kiews Ambitionen, der NATO beizutreten, und Moskaus Gebietsansprüche auf der Krim und im Donbas ist. Nein, betonen sie – der Krieg ist Teil eines globalen Kampfes zwischen Demokratie und Autoritarismus ...

Die Vorstellung, dass die Ukraine ein so attraktives demokratisches Modell in Osteuropa war, dass die blosse Existenz des Landes Putin in Angst und Schrecken versetzte, mag ein beruhigender Mythos für US-Politiker und Experten sein, aber es ist ein Mythos. Die Ukraine ist weit davon entfernt, ein demokratisch-kapitalistisches Modell zu sein ...

Die Realität ist düsterer und beunruhigender: Die Ukraine ist seit langem eines der korruptesten Länder im internationalen System ... Die Erfolgsbilanz der Ukraine beim Schutz der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten ist nicht viel besser als ihre Leistung bei der Korruption. Im Bericht von Freedom House für das Jahr 2022 wird die Ukraine in der Kategorie «teilweise frei» geführt, mit einer Punktzahl von 61 von 100 möglichen Punkten ...

Schon vor dem Ausbruch des Krieges gab es hässliche Beispiele von Autoritarismus in der politischen Führung der Ukraine ... Das neonazistische Asow-Bataillon war ein integraler Bestandteil des Militär- und Sicherheitsapparats von Präsident Petro Poroschenko und hat diese Rolle auch während der Präsidentschaft Selenskys beibehalten ...

Man kann Putins Vorgehen verurteilen und sogar den militärischen Widerstand der Ukraine bejubeln, ohne ein falsches Bild vom politischen System der Ukraine zu vermitteln. Das Land ist kein Symbol für Freiheit und liberale Demokratie, und der Krieg ist kein existenzieller Kampf zwischen Demokratie und Autoritarismus. Die Ukraine ist bestenfalls ein korruptes, quasi-demokratisches Gebilde mit einer beunruhigenden repressiven Politik.

Angesichts dieser ernüchternden Realität sind Aufrufe an die Amerikaner, sich an die Seite der Ukraine zu stellen, unangebracht. Die Wahrung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität der Ukraine ist es den Vereinigten Staaten ganz sicher nicht wert, einen Krieg mit einem atomar bewaffneten Russland zu riskieren.

Medien entdecken die korrupte Vergangenheit der Ukraine neu

In Anbetracht der Tatsache, dass die Mainstream-Medien Selensky als Kämpfer für die Demokratie dargestellt haben, war es überraschend, dass die Associated Press und NPR plötzlich die korrupte Vergangenheit der Ukraine wieder aufgriffen. In einem Artikel vom 20. Juli 2022, der ursprünglich von AP veröffentlicht und von NPR wiederveröffentlicht wurde, heisst es:

Die Entlassung hoher Beamter durch den ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selensky wirft ein unangenehmes Licht auf ein Thema, das die Regierung Biden seit dem Ausbruch des Krieges mit Russland weitgehend ignoriert hat: Die Geschichte der Ukraine mit ihrer zügellosen Korruption und wackeligen Regierungsführung.

Während sie die Bereitstellung von Dutzenden von Milliarden Dollar an militärischer, wirtschaftlicher und direkter finanzieller Unterstützung für die Ukraine vorantreibt und ihre Verbündeten dazu ermutigt, das Gleiche zu tun, muss sich die Biden-Regierung nun erneut mit den seit langem bestehenden Bedenken auseinandersetzen, ob die Ukraine als Empfänger massiver amerikanischer Hilfsgelder geeignet ist.

Die plötzliche Kritik kommt, nachdem Selensky seinen obersten Staatsanwalt, seinen Geheimdienstchef und mehrere andere hochrangige Beamte mit der Begründung entlassen hat, sie seien Spione oder Kollaborateure Russlands.

Selensky hat auch die Ernennung eines neuen Staatsanwalts zur Korruptionsbekämpfung hinausgezögert, was im Dezember letzten Jahres hätte geschehen müssen, und was laut der US-Botschaft in Kiew «die Arbeit der Antikorruptionsbehörden untergräbt.

Selensky setzt Amerikaner auf die schwarze Liste, nachdem er Millionen vom Steuerzahler erhalten hat

Wenige Tage nach der Entlassung seiner Spitzenbeamten veröffentlichte Selenskys 2021 gegründetes Center for Countering Disinformation (Zentrum zur Bekämpfung von Desinformation) auch eine schwarze Liste amerikanischer «pro-russischer Propagandisten», auf der Senator Rand Paul, R-Ky, die ehemalige Abgeordnete Tulsi Gabbard, Hawaii, der unabhängige Journalist Glenn Greenwald, der pensionierte Oberst Douglas Macgregor und der Professor John Mearsheimer von der University of Chicago stehen.

Fox News-Moderator Tucker Carlson bemerkte: «Jetzt hat die ukrainische Regierung beschlossen, dass sie in unserem Land Zensur ausüben kann.» Carlson fragte sich, wie Präsident Biden behaupten könne, dass wir «die Demokratie verteidigen», indem wir Millionen von amerikanischen Steuergeldern in die Ukraine schicken.

Dies geschieht, während Selensky alle Oppositionsparteien – insgesamt 11 – verbietet und amerikanische Politiker und Journalisten, die die Verwendung von US-Steuergeldern und unsere Beteiligung am Ukraine-Konflikt infrage stellen, auf eine schwarze Liste setzt. Es sieht eher so aus, als würden wir den Autoritarismus unterstützen, nicht wahr? Greenwald, der in Carlsons Sendung auftrat, um die schwarze Liste zu diskutieren, erklärte:

«Die Ukrainer haben einen Konflikt mit dem Nachbarland Russland. Es steht ihnen völlig frei, welche Kriegspolitik sie verfolgen wollen. Sie können Russland in den nächsten 10 Jahren bekämpfen, wenn sie wollen. Aber das ist nicht das, was sie tun.

Sie betteln und verlangen gewissermassen, dass andere Länder, darunter auch mein eigenes, die Vereinigten Staaten, ihnen einen scheinbar endlosen Vorrat an Waffen und Geld zur Verfügung stellen, was bedeutet, dass wir nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht haben, darüber zu debattieren und zu fragen, ob dies im Interesse des amerikanischen Volkes ist.»

Die Ukraine ist kein Verteidiger der Demokratie

In dem Video am Anfang dieses Artikels habe ich drei Folgen der ‹The Jimmy Dore Show› eingefügt, in denen Dore diese und andere Nachrichten rund um den Ukraine-Krieg diskutiert. Im ersten Segment lässt er vergangene Nachrichtenartikel über die Korruption in der Ukraine Revue passieren. Wiederholt wurde die Ukraine in den Jahren 2014, 2015 und darüber hinaus zum korruptesten Land Europas erklärt.

Im zweiten Teil geht Dore darauf ein, wie Selensky mit der Korruption aufräumen und eine neue Ära der guten Regierungsführung einleiten sollte. Das ist jedoch nicht geschehen.

Die Panama Papers – beschrieben als ‹ein riesiges Leck von mehr als 11,5 Millionen Finanz- und Rechtsunterlagen, (das) ein System aufdeckt, das Verbrechen, Korruption und Fehlverhalten ermöglicht› – haben enthüllt, dass Selensky, seine Frau und mehrere Partner ‹versteckte Offshore-Vermögenswerte› besitzen, was den Verdacht aufkommen lässt, dass Selensky genauso korrupt sein könnte wie seine Vorgänger.

Das dritte Segment der Dore Show befasst sich mit der schwarzen Liste der Ukraine, auf der pro-russische Journalisten stehen, darunter Greenwald, Scott Ritter, Jeffrey David Sachs und viele andere. Das Schöne daran, von den Mainstream-Medien diskreditiert zu werden, ist, dass sie einem zeigen, wer tatsächlich die Wahrheit sagt.

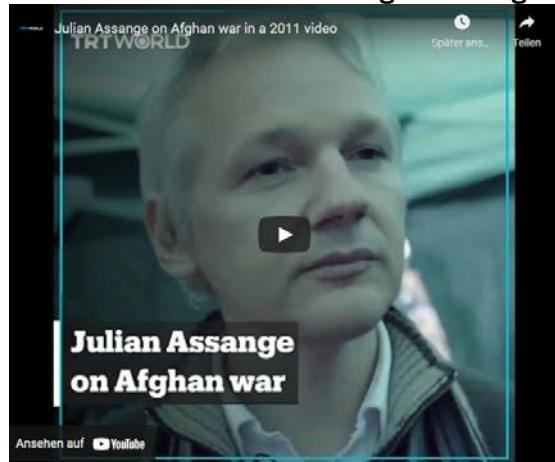
Was geschieht mit den US-Waffen in der Ukraine?

Man fragt sich, ob die ‹Hilfe› der USA für die Ukraine nicht auch ein korruptes System an sich ist. Wie CNN einräumt, weiss die US-Regierung nicht, was mit den in die Ukraine gelieferten Militärgütern und Munition im Wert von Milliarden von Dollar geschieht.

Die Lieferungen können nicht zurückverfolgt werden, und das offensichtliche Risiko besteht darin, dass die Waffen in den Händen von Milizen und Terroristen landen könnten. Dies ist jedoch ein Risiko, das die Regierung Biden bewusst in Kauf nimmt, so CNN. In der Zwischenzeit liefern die USA und die NATO einfach alles, was Selensky angeblich braucht. Laut CNN:

Lastwagen mit Paletten von Waffen, die vom Verteidigungsministerium zur Verfügung gestellt werden, werden von den ukrainischen Streitkräften – hauptsächlich in Polen – abgeholt und dann in die Ukraine gefahren, sagte Kirby, dann liegt es an den Ukrainern, zu bestimmen, wohin sie gehen und wie sie in ihrem Land verteilt werden.

Diebstahl durch endlose Kriegshandlungen



Wie der Wikileaks-Gründer Julian Assange 2011 feststellte, war der Zweck des Afghanistankrieges – des längsten Krieges in der Geschichte der USA, der von 1999 bis 2021 dauerte – nicht die Unterwerfung Afghanistans. Vielmehr ging es darum, durch den Krieg Geld zu waschen.

«Das Ziel war es, Afghanistan zu nutzen, um Geld aus der Steuerbasis der Vereinigten Staaten, aus der Steuerbasis der europäischen Länder, durch Afghanistan zurück in die Hände der transnationalen Sicherheitselite zu waschen. Das ist das Ziel. Das heißt, das Ziel ist ein endloser Krieg, kein erfolgreicher Krieg», sagte Assange.

Ist die Ukraine nur eine weitere Wiederholung desselben Schemas? Es sieht langsam so aus. Anstatt Diplomaten zu entsenden und die Ukraine zu Friedensverhandlungen zu drängen, besteht das NATO-Bündnis darauf, dass die Ukraine bis zum letzten Mann kämpft, und schickt Waffen und Finanzhilfen, die schnell in einem sprichwörtlichen schwarzen Loch verschwinden.

Was ist das Ziel der Hilfe für die Ukraine?

Das Problem, mit dem die NATO und die USA konfrontiert sind, besteht darin, dass die Menschen sich zunehmend der Tatsache bewusstwerden, dass die Dinge nicht zusammenpassen. Warum sind wir in diesen Konflikt verwickelt? Wir verteidigen eindeutig nicht die «Demokratie», ganz im Gegenteil. Wir leisten einem autoritären Regime – und den tatsächlichen Anhängern der Nazis in der realen Welt – Beihilfe.

Wie Jeff Childers, Präsident und Gründer der Anwaltskanzlei Childers Law, in einem Blogbeitrag vom 19. Juli 2022 berichtet:

Der «Economist» veröffentlichte gestern einen Artikel mit der Überschrift: «Wird Amerika des langen Krieges in der Ukraine müde?» Nun ja. Ich war sofort misstrauisch, weil der Krieg in der Ukraine noch gar nicht so lange dauert ...

Am Ende des Artikels legte der «Economist» seinen tabakbefleckten Finger genau auf den Fleck, der das eigentliche Problem markiert: «Bidens Ziel in diesem Krieg ist unklar. Seine Regierung hat aufgehört, davon zu sprechen, der Ukraine zu helfen, zu «gewinnen», und spricht stattdessen davon, sie vor einer Niederlage zu bewahren.»

Das ist das Problem, ganz klar. Was IST das Ziel, Joe? Wenn es «gewinnen» ist, wie sieht das überhaupt aus und wie kommen wir dahin? ... Es scheint, als wollten die Kriegsbefürworter in der Ukraine, dass die USA den unangenehmen Mittelweg überspringen und direkt in den Krieg mit den Russen ziehen, um ihnen eine Lektion zu erteilen oder so.

Aber die Russen haben Atomraketen und Weltuntergangs-U-Boote und sogar Atomtorpedos, um Himmels willen. Ein globaler, vollkinetischer Krieg würde den Ukrainern überhaupt nicht helfen. Wahrscheinlich genau das Gegenteil. Das ist magisches Denken.

Der Aufstieg des Totalitarismus in Amerika

Die Unterstützung der USA für ein autoritäres Regime wie die Ukraine lässt sich vielleicht am besten durch die Erkenntnis erklären, dass sich die USA selbst in diese Richtung entwickelt haben. Laut dem amerikanischen Philosophen, Sozialkritiker und Kognitionswissenschaftler Noam Chomsky, der im Juli 2022 im Podcast von Russell Brand auftrat, leben die USA «in einer Art totalitärer Kultur, die es zu meinen Lebzeiten noch nie gegeben hat und die in vielerlei Hinsicht viel schlimmer ist als die Sowjetunion vor (Michail) Gorbatschow».

Die Ursache für diesen kulturellen Wandel sieht Chomsky in der Zensur der weltweiten Nachrichten. Im Grunde leben die meisten Amerikaner in einer Echokammer, in der es keine Meinungsvielfalt gibt, schon gar nicht von vermeintlichen Gegnern:

«Wenn man heute in den Vereinigten Staaten herausfinden will, was der russische Minister (Sergej) Lawrow sagt, kann man das nicht tun. Es ist verboten. Die Amerikaner dürfen nicht hören, was die Russen sagen», sagte Chomsky zu Brand. «Man kann kein russisches Fernsehen empfangen, keinen Zugang zu russischen Quellen haben ...»

Man will herausfinden, was die Gegner sagen, was von grösster Wichtigkeit ist ... Aber die Vereinigten Staaten haben Beschränkungen für den freien Zugang zu Informationen auferlegt, die erstaunlich sind und die in der Tat über das hinausgehen, was in der Zeit nach (Joseph) Stalin und im sowjetischen Russland der Fall war.

Der Biolabor-Blickwinkel

Ein weiterer Aspekt, der die Unterstützung eines eindeutig autoritären und antideokratischen Regimes durch die USA erklären kann, ist die Tatsache, dass es in der Ukraine eine Reihe von Biolabors gibt, deren Zweck die US-Regierung zu verschleiern versucht. Auch darauf geht Childers ein:

Die nächste Geschichte ist möglicherweise die wichtigste Nachricht, über die ich je berichtet habe, und ich glaube nicht, dass ich übertreibe. Die Nachricht ist, dass die stellvertretende Vorsitzende der russischen Staatsduma (Kongress) Irina Jarowaja gestern ein Update zu Russlands offizieller Untersuchung der US-Biolabore in der Ukraine gegeben hat.

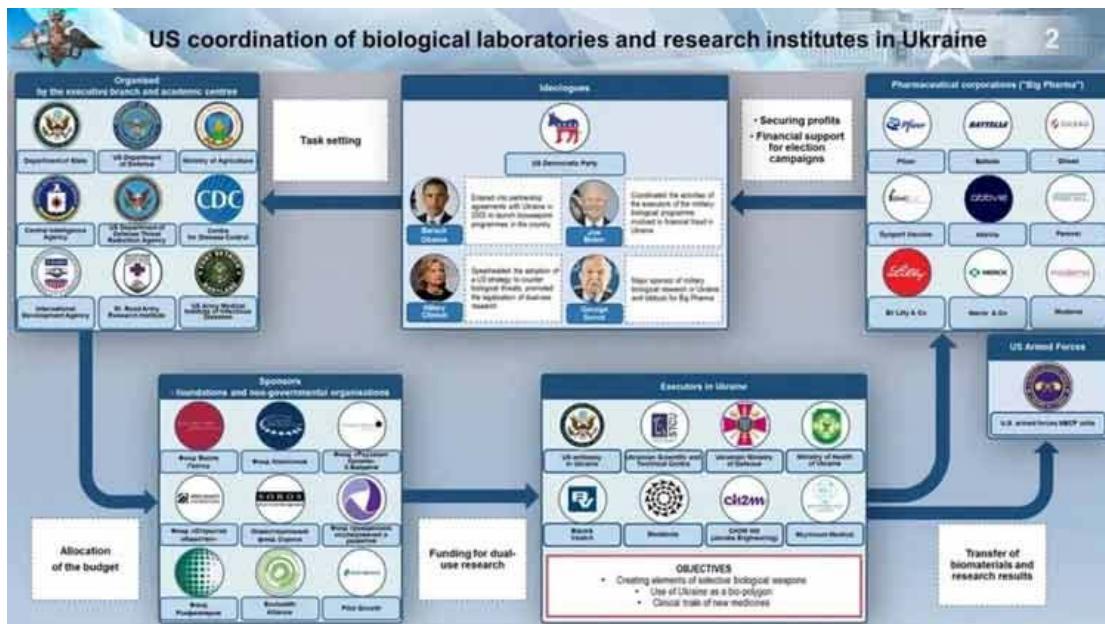
Was die Russen sagen, ist nicht schön. Und sie behaupten, einen Berg von Beweisen zu haben. Bislang haben sich die USA nicht dazu herabgelassen, auf die schwerwiegenden Anschuldigungen zu reagieren.

FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN, Nr. 24

Erinnern Sie sich daran, dass die Russen im Mai dem UN-Sicherheitsrat Beweise dafür vorgelegt haben, dass die USA in der Ukraine illegale Biowaffen entwickelt – und getestet – haben. Sie beschuldigten die letzten drei demokratischen Regierungen, mit George Soros, Bill Gates und Big Pharma zusammenzuarbeiten, um Verträge zu brechen, illegale Waffentechnologie zu entwickeln, Biowaffen in der Ukraine freizusetzen, die Waffen an Soldaten und Geisteskranken zu testen und – was am wichtigsten ist – das russische Volk und seine Ernten zu infizieren ...

Ein bemerkenswertes Diagramm zeigt alle mutmasslichen Akteure, die weit über die oben genannten hinausgehen, und schliesst Pfizer, die Bill und Melinda Gates Foundation und andere ein.

Die Russen beschuldigten die führenden Demokraten, die illegale Forschung zu militärischen Zwecken im Bunde mit der grossen Pharmaindustrie zu erleichtern, die immer dann hinzugezogen wurde, wenn es Tests oder Lecks gab, um lukrative Behandlungen für die neuen Krankheiten zu entwickeln.



Im Gegenzug, so argumentierten die Russen, leiteten die Pharmakonzerne massive Wahlkampfspenden an die Demokraten weiter, wodurch eine unheilvolle und dämonische virale Rückkopplungsschleife entstand. Zu den wichtigsten Drahtziehern dieser Verschwörung gehören laut Jarowaja die Demokratische Partei der USA, Barack Obama, Hillary Clinton, Joe Biden und George Soros. Die US-Regierung hat nichts unternommen, um diesen russischen Behauptungen entgegenzutreten, sondern sie lediglich als ‹russische Fehlinformationen› abgetan, die nicht einmal eine Antwort wert sind.

Da die Russen konkrete Personen nennen, sieht es langsam so aus, als ob die Russen eine internationale Strafanzeige nach Nürnberger Vorbild planen, wie sie sich so viele Amerikaner gewünscht haben. ~ Jeff Childers

Childers vermutet, dass Bidens Versuch, ein Desinformations-Governance-Board einzurichten, sogar ein ‹Versuch gewesen sein könnte, einen noch festeren Deckel› auf die Biolab-Geschichte zu schrauben, da Nina Jankowicz, die für die Leitung des Boards ausgewählt wurde, zuvor für Selensky selbst gearbeitet hat. Sie war auch für das ukrainische Außenministerium tätig.

Russischer Bericht soll noch vor den US-Zwischenwahlen erscheinen

Nach Angaben von Jarowaja beabsichtigt die russische Regierung, noch vor den Zwischenwahlen in den USA einen umfassenden Bericht über die US-Biotabore in der Ukraine zu veröffentlichen. In ihrem Statusbericht an das russische Parlament vom 18. Juli 2022 erklärte sie:

«Als Beweis kann die parlamentarische Kommission bereits heute die Fakten vorlegen, dass die vom Pentagon beaufsichtigten Biolabore auf dem Territorium der Ukraine die Sicherheitskriterien nicht erfüllen. In der derzeitigen Form ihrer Tätigkeit stellen und stellen sie eine kolossale Bedrohung für die Bürger der Ukraine und für die ganze Welt dar.»

Die Anlage war nicht nur unsicher. Trotz der Tatsache, dass mit gefährlichen Viren und Krankheitserregern gearbeitet wurde, gab es auch ein Leck. Es ist sehr wahrscheinlich, dass dies eine Erklärung für die Zunahme der Epidemien in der Ukraine ist.

Aber höchstwahrscheinlich waren diejenigen, die diese Laboratorien eingerichtet haben, daran interessiert, dass sie nicht ausreichend geschützt waren, nicht nur wegen der Korruption, sondern auch, um ein Experiment zu machen.

ment am lebenden Objekt durchzuführen, um zu sehen, wie die Bevölkerung reagieren würde, wie hoch die Sterblichkeitsrate wäre und welche Folgen das hätte.

Russen beschuldigen die USA der vorsätzlichen Fahrlässigkeit

Um es klar zu sagen: Die Russen beschuldigen die USA der vorsätzlichen Fahrlässigkeit, was keine Kleinigkeit ist. Wie Childers feststellt, scheint das Gleiche in Wuhan passiert zu sein.

Seit 2018 gab das US-Aussenministerium Berichte heraus, in denen die Ermittler davor warnten, dass das Labor schlecht geführt wurde und für einen Unfall vorbereitet war. Ende 2019 tauchte SARS-CoV-2 auf mysteriöse Weise genau in der Nähe desselben Labors auf.

Jeder Beamte, der zugibt, dass COVID das Ergebnis einer undichten Stelle im Labor war oder sein könnte, ist auch vorsichtig zu sagen, dass es sich um einen Unfall handeln muss. Aber wenn ein Labor vorsätzlich fahrlässig handelt, ist dann ein späteres Leck wirklich ein Unfall?

Die Russen scheinen zu behaupten, dass es sich keineswegs um einen Unfall handelt. Vorsätzliche Fahrlässigkeit erlaubt es der verantwortlichen Partei jedoch, so zu tun, als sei eine absichtliche Freisetzung ein Unfall gewesen. Auf diese Weise machen sie sich nicht eines Verbrechens schuldig. Aber das ist noch nicht alles. Childers fährt fort:

«Die Russen behaupteten auch, dass sich die US-Verantwortlichen hinter der ‹Tierforschung› verstecken und ihre Schuld weiter verschleiern, indem sie vorhandenen Tierviren menschliche Infektionsfähigkeiten gentechnisch aufpropfen, sodass sie einen natürlichen Ursprung für die neu entwickelten Bazillen behaupten können. Wie bei COVID. Oder Affenpocken ...»

Jarowaja sagte, das Ergebnis all dieser vorsätzlichen Nachlässigkeit seien «unvorhergesehene Situationen auf der ganzen Welt» gewesen. Sie machte die USA für den neuen Ausbruch der Affenpocken verantwortlich.

«Alles, was mit dem Coronavirus und den Affenpocken zu tun hat, sollte in den Reagenzgläsern amerikanischer Labors gesucht werden», sagte sie.

Wie es der Zufall will, experimentierte dasselbe Wuhan Institute of Virology, in dem COVID entwickelt wurde, auch mit Affenpocken ... Da die Russen konkrete Personen benennen, sieht es langsam so aus, als ob die Russen eine internationale Strafanzeige im Stil von Nürnberg planen, wie sie sich so viele Amerikaner gewünscht haben.

Nukleares Glücksspiel

Wenn Childers vermutet, dass die Russen eine Klage im Stil von Nürnberg planen, ist es kein Wunder, dass die US-Regierung versucht, die Anschuldigungen zu vertuschen, selbst auf die Gefahr hin, dass ihr Schweigen selbst belastend wirkt.

Childers glaubt auch, dass China sich mit Russland zusammenschliessen könnte, da Russlands Rechtfertigung für den Einmarsch in die Ukraine, um gefährliche Biolabore zu zerstören, auch «eine saubere Rechtfer tung für eine chinesische Invasion Taiwans wäre». Wie sich herausstellte, gibt es in Taiwan 1251 Biolabore, die «medizinischen, landwirtschaftlichen, Lebensmittel- und Umweltbedürfnissen» dienen.

Mindestens 31 dieser Labors arbeiten mit «Virologie, Bakteriologie, Parasitologie, Mykologie und Vektorbiologie», und eines, ein Labor der Biosicherheitsstufe 4 (BSL4) im Norden Taiwans, gehört dem Militär. China könnte also eine Invasion Taiwans leicht damit begründen, dass es dort ungesicherte Einrichtungen für Biowaffen gibt.

«All diese Anschuldigungen – die von den Konzernmedien völlig ignoriert werden – sind unglaublich ernst», stellt Childers fest. «Die Russen beschuldigen die USA eines Angriffs mit biologischen Massenvernichtungswaffen. Es ist seit langem die offizielle Politik der USA, dass ein Biowaffenangriff mit einem Atomangriff gleichzusetzen ist und eine nukleare Antwort rechtfertigen würde.»

Es spielt keine Rolle, ob sie Recht haben. Die Russen scheinen zu glauben, dass sie rechtlich dazu berechtigt sind, einen Vergeltungsschlag gegen die USA mit Massenvernichtungswaffen zu führen. Und sie stützen sich dabei auf eine Menge dubioser Dinge, die die USA und ihre Verbündeten aus der Tiefe des Staates im Schilde führen.

Es wäre wirklich an der Zeit, dass sich die US-Regierung zu Wort meldet und den legitimen Zweck all dieser Labors offenlegt. Vorausgesetzt, dass es einen legitimen Zweck gibt.

Aber die Täter, wer auch immer sie sind, würden mit ziemlicher Sicherheit einen Atomkrieg riskieren, um ihre Geheimnisse zu schützen, wenn nur die Hälfte von dem, was die Russen sagen, wahr ist. Wir sind also alle, ob wir es wollen oder nicht, in ein tödliches Spiel um nukleare Sicherheit verwickelt. Und unser Fahrer ist Joe Biden.

Gibt es einen Ausweg?

In einem Interview mit Lex Friedman sprach der Filmemacher Oliver Stone über die Geschichte der Korruption in der Ukraine, die er in seinem Film «Ukraine on Fire» detailliert beschreibt, über die Propaganda im Zusammenhang mit dem aktuellen Russland-Ukraine-Konflikt und darüber, warum Russland so handelt, wie es handelt.

Am Ende des Interviews fragte Friedman Stone, ob er glaube, dass wir vom Rande eines Atomkriegs zurückkehren könnten. Stone antwortete:

«Ja, (durch) Vernunft ... und dann durch Diplomatie. Sprechen Sie mit dem Mann. Mr. Biden, warum beruhigen Sie sich nicht und sprechen mit Mr. Putin in Moskau. Und versuchen Sie, eine Diskussion zu führen, ohne in Ideologien zu verfallen.»

Wenn man davon ausgeht, dass die US-Regierung im Allgemeinen und Biden im Besonderen nicht in kriminelle Biowaffen-Aktivitäten in der Ukraine verwickelt sind, dann ist Stones Vorschlag vernünftig. Wenn ihre Handlungen jedoch auf der Notwendigkeit beruhen, ein schmutziges Geheimnis (oder zwei) zu schützen, dann würde Diplomatie nicht einmal auf der Speisekarte der Optionen stehen.

Russland würde wahrscheinlich sein Pfund Fleisch haben wollen. Sie würden wollen, dass Recht gesprochen wird, was im Falle der illegalen Herstellung von Biowaffen die lebenslange Inhaftierung bestimmter Personen bedeuten könnte. Wenn man bedenkt, dass Biden auf Russlands Liste der «wichtigsten Drahtzieher der Verschwörung» steht, kann man davon ausgehen, dass er nicht so einfach vom Haken gelassen werden würde.

Und damit sind wir wieder bei Childers Vorhersage, dass die Täter «mit ziemlicher Sicherheit einen Atomkrieg riskieren würden, um ihre Geheimnisse zu schützen, wenn nur die Hälfte von dem, was die Russen sagen, wahr ist.»

Während also der Dritte Weltkrieg bisher ein Informationskrieg war, der gegen die Öffentlichkeit geführt wurde, ist ein Atomkrieg zwischen Nationen immer noch eine Möglichkeit – dank der Korruption auf höchster Ebene, die diplomatische Lösungen verhindert.

Quelle:

1 Cato April 6, 2022

2 Freedom House 2022

3 NPR July 20, 2022

4, 5, 6 Fox News July 25, 2022

7 ICJJ.org Panama Papers

8 Panamapapers.org

9, 10 CNN April 19, 2022

11 CFR.org Afghan War

12, 14, 16, 17, 18 Coffee & Covid July 19, 2022

13 Mediaite July 25, 2022

15 RT May 18, 2022

QUELLE: UKRAINE WAR: BIOWARFARE AND THE THEFT OF BILLIONS

Quelle: <https://uncutnews.ch/wer-profitiert-am-meisten-vom-russland-ukraine-krieg/>



11. August 2022 um 11:01

Ein Artikel von: Jens Berger

Ein Artikel von: Jens Berger

Wenn der Gasverbrauch von Deutschland und seinen Nachbarn in diesem Winterhalbjahr auf dem Niveau der Vorjahre bleibt, ist bereits im November die Situation erreicht, in der nicht jeder Kunde mehr mit Gas versorgt werden kann. Selbst bei optimistischen – und dabei unrealistischen – Szenarien lässt sich der «Gas-Blackout» bestenfalls nach hinten verschieben. Das ist das Ergebnis einer umfangreichen Studie der Bundesnetzagentur. Dies wirft zahlreiche Fragen auf, die über die Landesgrenzen hinausgehen. Deutschland ist nämlich nicht nur Importeur, sondern auch (Re-)Exporteur von Gas und vor allem die Schweiz und Tschechien hängen direkt von deutschen Gasexporten ab. Vor allem für die gasintensive chemische Industrie

striet wird der Winter hart – Kollateralschäden wie eine Störung der Lieferketten, massive Schäden der Volkswirtschaft und Arbeitslosigkeit inklusive. Die Prognosen sind schockierend. Um so wichtiger wäre es, bereits jetzt umzudenken und die selbstzerstörerischen Sanktionen gegen Russland auf den Prüfstand zu stellen. Von Jens Berger.

Wenn man sich die aktuellen Rahmendaten der Bundesnetzagentur zur Gasversorgung anschaut, könnte man sich eigentlich entspannt zurücklehnen. Die Gasimporte aus Russland sind zwar massiv eingebrochen, dafür liefern die Niederlande, Norwegen und die LNG-Importe über Belgien aber zumindest so viel Gas, dass Deutschland recht bequem über den Winter käme. Selbst ganz ohne russisches Gas würden die Importe mit 125 GW(*) den Verbrauch von 107 GW übersteigen. Doch dummerweise sind nur rund 60 Prozent des importierten Gases am Ende für deutsche Verbraucher bestimmt. Die Bundesnetzagentur beziffert die Gasexporte Deutschlands mit 89 GW. Sollte also kein russisches Gas fliessen, stünde unter dem Strich ein Gasmangel von erschreckenden 366 TWh. Um eine Größenordnung zu bekommen: Das entspräche exakt dem Gesamtverbrauch der deutschen Industrie im Jahre 2021. Die Haushalte verbrauchten 2021 übrigens mit 306 TWh weniger als die Industrie. Ab November wären bei diesem Szenario die Gasspeicher leer und es müssten Abnehmer vom Netz genommen werden.

Bleiben die russischen Lieferungen via Nord Stream 1 auf dem jetzigen Niveau von 20 Prozent, würde sich bei ansonsten gleichen Rahmenbedingungen die Lage kaum verbessern. Der Gasmangel würde dann auch noch 248 TWh betragen. Und selbst bei 40 Prozent Lieferleistung über Nord Stream 1 stünde am Ende noch ein Gasmangel von 144 TWh, dann wären die Speicher jedoch erst im Dezember leer. Die Mangelsituation würde übrigens in allen diesen drei Szenarien bis in den späten April andauern. Deutschland hätte also vier bis fünf Monate nicht genügend Gas, um alle Abnehmer zu versorgen.

Das sind die wenig erfreulichen Ergebnisse der aktuellen Berechnungen der Bundesnetzagentur. Die dem Bundeswirtschaftsministerium unterstehende Behörde hat bei ihren Kalkulationen zahlreiche variable Parameter verwendet. Die Ergebnisse sind jedoch pessimistisch – egal an welchen Stellschrauben man dreht. Quelle: Bundesnetzagentur

Unterstellt man beispielsweise eine konstante Lieferung über Nord Stream 1, die 20 Prozent der maximalen Kapazität beträgt, gibt es nur drei Teilszenarien, bei denen es in diesem Winter zu keinem Gasmangel käme – und diese drei Teilszenarien sehen allesamt sowohl für den Verbrauch als auch für den Export eine Reduktion um ganze 20 Prozent vor. Doch selbst dann wären lt. Bundesnetzagentur im nächsten Sommer die Speicher so leer, dass im Winterhalbjahr 23/24 der ‹Gas-Blackout› kommen wird. Die Parameter dieser Rechenmodelle sind übrigens keinesfalls pessimistisch. Im Gegenteil. Man kalkuliert beispielsweise ein, dass die zurzeit im Bau befindlichen LNG-Terminals an der Nordseeküste nicht nur pünktlich an Neujahr in Betrieb gehen, sondern dann auch gleich aus dem Stand eine Auslastung von 90 Prozent generieren. Auch die Annahme, dass die Exporte auf gleichem Niveau bleiben und nicht steigen, ist angesichts der Lieferausfälle im über die Ukraine führenden Transgas-Pipeline-System sehr optimistisch.

Was bedeutet eine Reduktion beim Verbrauch und beim Export um 20 Prozent?

Im Jahr 2021 verbrauchte die deutsche Volkswirtschaft rund 1000 TWh Erdgas. 20 Prozent Einsparung wären somit 200 TWh. Das entspricht zwei Drittel des Gesamtverbrauchs der Haushalte. Mit ‹kürzer Duschen› und einem ‹Pulli im Home-Office› ist es da nicht getan. In einer im Mai erstellten Prognose gab der Energieversorger E.ON das gesamte potenzielle Einsparvolumen der Haushalte mit 103 TWh an. Dabei nahm man jedoch an, dass 10 Prozent der Haushalte ihre Gasheizung durch Photovoltaik und 20 Prozent durch eine Wärmepumpe ersetzen – das ist bestenfalls eine sehr langfristige Annahme, die nichts mit der Situation in wenigen Wochen zu tun hat. Dabei ist klar, dass es in den privaten Haushalten zu Einsparungen kommen wird – nicht, weil man gerne für die Ukraine friert, sondern weil die Gaspreise die Verbraucher zwingen werden, die Heizung hier und da herunterzuschalten. Gemessen am zu erwartenden Gasmangel ist dies jedoch bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein.

Will man mehr oder weniger freiwillig die 20 Prozent Einsparung realisieren, geht dies nur über die Industrie. Nun ist es leicht gesagt, dass die Industrie halt weniger verbrauchen soll. Deutschland war schon vor dem Preisschock ein Land mit vergleichsweise hohen Preisen für Energie und man sollte davon ausgehen, dass die meisten Grossabnehmer ihren Verbrauch bereits technisch optimiert haben. Hier lohnt auch ein näherer Blick darauf, wofür die Industrie eigentlich Gas benötigt. Denn sowohl in puncto Einsparungen als auch bei den zu erwartenden Abschaltungen wird dies im Herbst und Winter einbrisantes Thema werden.

Gasverbraucher Industrie

Mehr als 30 Prozent des gesamten Energiebedarfs der deutschen Industrie wird mit Erdgas gedeckt. Die chemische Industrie ist mit einem Gesamtverbrauch von 120 TWh pro Jahr der grösste Abnehmer. Gas kommt dort vor allem bei der Prozesswärmeverzeugung, aber auch als Einsatzstoff zur Anwendung, um vor allem Ammoniak, Wasserstoff und Methanol herzustellen. Ammoniak wird vor allem für die Düngemittelproduktion benötigt. Hier sind wohl ohnehin keine ‹Zwangsmassnahmen› nötig, da viele deutsche Grundstoff-

und Düngemittelhersteller ihre Produktion aufgrund der hohen Gaspreise bereits heruntergefahren oder ganz eingestellt haben – eine Folge davon werden deutlich höhere Erzeugerpreise in der Landwirtschaft und damit höhere Lebensmittelpreise sein. Auch die Nahrungsmittelindustrie ist ein Grosskunde von Gas. Gas treibt Getreide- und Ölmühlen an und wird benötigt, um die Kühlkette z.B. bei Molkereiprodukten aufrecht zu erhalten. Auch hier sind nennenswerte Einsparungen und Abschaltungen schwer vorstellbar.

Schwer vorstellbar ist es auch, Raffinerien – ebenfalls ein Grossverbraucher von Gas – vom Netz zu nehmen. Hier wird Gas nämlich für den Prozessdampf benötigt und weder Benzin noch Diesel könnten hergestellt werden, wenn das Gas ausfällt. Problematisch wird dies auch in der Glas- und Keramikindustrie, die sehr hohe Temperaturen im Herstellungsprozess benötigt. Erkaltet eine Glas-Schmelzwanne erst einmal, ist sie irreversibel beschädigt und kann im Grunde entsorgt werden. Nun wird aber vor allem das in Deutschland produzierte Spezialglas für die Automobil-, die Bau-, Lebensmittel-, Pharma- und Medizinindustrie als Vorprodukt benötigt. Ein Ausfall hätte ungeahnte Folgen für die nationalen und auch internationalen Lieferketten.

Gleicher gilt für die Automobilbranche. Hier sind es die Formung von Stahlblechen und die Lacktrocknung, die im grossen Stil mit Gas betrieben werden. VW hat sein Stammwerk in Wolfsburg übrigens erst im Dezember 2021 im Zuge des Kohleausstiegs komplett auf den Gasbetrieb umgestellt. Das muss man nun wohl rückgängig machen, will man die Sparziele erreichen oder den Betrieb trotz Gasmangels aufrechterhalten. Last but not least – ein weiterer Grossverbraucher ist die Papier- und Zellstoffindustrie. Anders als im Corona-Notstand könnte es im Gas-Notstand also vielleicht durchaus sinnvoll sein, Klopapier zu hamstern. Ein Gutes hätte ein Ausfall der Papierindustrie jedoch auch – es könnten auch keine Zeitungen und Zeitschriften mehr gedruckt werden; vielleicht löst die Existenzangst der Journalisten ja dann auch eine inhaltliche Neuorientierung in der Frage der Sanktionspolitik aus?

Sie sehen schon, es wird nicht einfach, einfach mal 20 Prozent Gas zu sparen, ohne dabei volkswirtschaftliche Verwerfungen auszulösen. Aber dies ist auch keine Frage der Freiwilligkeit. Viele Betriebe werden ihre Produktion ohnehin aufgrund der massiv gestiegenen Energiepreise einstellen oder verlagern und wenn am Ende der Gasmangel eintritt, werden die verbliebenen Grossabnehmer aus der Industrie wohl die ersten sein, die vom Netz getrennt werden. Dies betrifft aus technischen Gründen übrigens vor allem Standorte in Bayern und Baden-Württemberg, während der Norden und das Ruhrgebiet aufgrund der Struktur der Gasverteilungsnetze länger am Netz bleiben können. Man darf gespannt sein, ob Markus Söder die Zeichen der Zeit erkennt und sich als erster Unionspolitiker auf die Seite der Tauben schlägt.

Export – das könnte Europa sprengen

Die hier beschriebenen Szenarien betreffen erst einmal nur die Lage im Inland. Aber selbst wenn es Deutschland – was unrealistisch erscheint – schaffen sollte, seinen Gasverbrauch um 20 Prozent zu senken, würde der Gasmangel auch dann eintreten, wenn nicht gleichzeitig die Exporte in relevantem Masse sinken. Im Szenario der Bundesnetzagentur stünde dann ein Mangel in Höhe von 112 TWh zu Buche, der ab Januar 2023 dazu führt, dass die Speicher leer sind. An wen exportiert Deutschland eigentlich Gas?

Im Jahr 2020 waren die grössten deutschen Gaskunden Tschechien (über 50 Prozent der Exporte), die Niederlande, Österreich, die Schweiz und Frankreich. Die Niederlande und Frankreich fallen in diesem Jahr heraus, da sie über Nord Stream 1 mitversorgt wurden und die gesunkenen Kapazitäten sowie Streitereien rund um die Währungsfrage auf dieser Pipeline bereits zu einem Lieferstopp in diese beiden Länder führten. Frankreich ist jetzt übrigens der grösste LNG-Importeur für russisches Gas. Im Winter 2021/2022 kam Polen als grosser Kunde deutscher Grosshändler hinzu. Die NachDenkSeiten berichteten als eines der wenigen Medien darüber. Die polnischen Speicher sind jetzt aber voll und pünktlich zur Heizsaison am 27. September soll die neue Baltic Pipe in Betrieb gehen, die Dänemark und Polen mit norwegischem Gas versorgt und die Ausfälle der russischen Lieferungen angeblich voll ersetzen soll. Österreich ist zwar auch an das italienische Netz angeschlossen und könnte so LNG-Importe beziehen, das reicht jedoch nicht aus, um den Bedarf zu decken.

Bleiben selbst unter sehr optimistischen Annahmen nur noch Tschechien und die Schweiz als besondere Problemfälle. Rund 75 Prozent der Schweizer Gasimporte kommen aus bzw. über Deutschland. Für Tschechien sieht es noch düsterer aus, wenn über die Transgas- und die Jamal-Pipeline weiterhin kaum Gas nach Europa kommt. Dann wäre Tschechien voll und ganz von Deutschland abhängig. Tschechien ist – wie auch Österreich – als EU-Mitglied jedoch den <EU-Solidaritätsregeln> unterworfen und könnte – zumindest in der Theorie – sanktioniert werden, wenn es die vorgegebenen Einsparziele beim Gasverbrauch nicht umsetzt. Bei der Schweiz sieht dies vollkommen anders aus. Der Alpenstaat wäre daher und aufgrund der technischen/geografischen Bedingungen wohl auch der erste Exportmarkt, der bei einem Gasmangel vom Netz genommen wird.

Die Export- und die damit verbundene Solidaritätsfrage hat daher auch das Zeug, Europa zu sprengen. Wie will die Bundesregierung den frierenden Bürgern erklären, dass sie ihr Volk frieren lässt, aber internationale Verträge mit der Schweiz, Österreich und Tschechien einhält? Auf der anderen Seite könnte Deutschland zwar technisch die Exporte einstellen, müsste sich dann aber als Vertragsbrecher sowohl moralisch als

auch juristisch verantworten. Hinzu kommen die berühmten «unknown unknowns» – was passiert, wenn beispielsweise Polen sich mit der Ukraine, dem Baltikum oder Tschechien solidarisch erklärt und dafür Gas aus deutschen Speichern über die Jamal-Pipeline ein- und weiterverkauft? Was passiert, wenn Frankreichs hochtrabende LNG-Pläne nicht aufgehen und der fest gebuchte deutsche Lieferant Niederlande künftig grössere Mengen an Frankreich verkauft? Ein Unfall in einem der grossen LNG-Exportterminals in den USA könnte auch sämtliche Pläne in Europa zunichte machen. Deutschland hat sich während der Eurokrise alles andere als solidarisch mit seinen Nachbarn gezeigt. Warum sollten sie bei der kommenden Gaskrise nun solidarisch mit Deutschland sein?

Aufwachen, bevor es zu spät ist

Ist der Gasmangel unabwendbar? Kann Deutschland seine Lieferwege nicht diversifizieren? Nicht wirklich. Alle LNG-Terminals in der EU arbeiten zurzeit auf Anschlag. Selbst wenn Deutschland kleinere Mengen – die den Gasmangel nicht verhindern würden – zusätzlich akquirieren könnte, fehlen diese Mengen unseren Nachbarstaaten, die ihre Defizite dann über deutsche Grosshändler wieder ausgleichen. Ferner ist ein Import z.B. aus Frankreich technisch nicht im grösseren Masse möglich, da das Leitungsnetz auf die Verteilung von Ost nach West, aber nicht von West nach Ost ausgelegt ist. Sämtliche Substitutionsszenarien haben daher einen sehr grossen Zeitrahmen und spielen für diesen und auch den nächsten Winter keine realistische Rolle.

Um es kurz zu machen: Russland sitzt am längeren Hebel und weiss das auch ganz genau. Die Reduktion der Nord-Stream-1-Lieferungen – aus welchen Gründen auch immer – auf erst 40 Prozent und jetzt 20 Prozent ist genau die kritische Menge, mit der ein realer Gasmangel in Deutschland realistisch nicht mehr abwendbar ist. Deutschland schadet sich selbst. Und das ganz massiv! Es sind ja nicht «nur» die horrenden Preisseigerungen, sondern es läuft in der Tat darauf hinaus, dass im Winter über mehrere Monate Verbraucher vom Netz genommen werden müssen – ob dies «nur» die Industrie oder auch Privathaushalte betrifft, ist zurzeit schwer vorherzusagen. Die volkswirtschaftlichen Folgen werden jedoch enorm sein.

Schon in früheren Jahrhunderten haben westliche Grossstrategen den Fehler begangen, bei ihren Feldzügen gegen Russland den Faktor Zeit zu unterschätzen. Russland kann sich zurücklehnen. Das Land hat alles, was es braucht und Zugang zu den Dingen, die es nicht selber fördert oder produziert. Das gilt für Deutschland nicht und dies wird uns allen im ersten «Gaskrisen-Winter» noch sehr bewusst werden.

Ist die Krise abwendbar? Natürlich. Würde Nord Stream 1 wieder voll liefern, wäre das Thema Gasmangel zumindest in Deutschland erst einmal vom Tisch und auch die Preise würden sich sehr schnell wieder normalisieren. Würde man auch die betriebsbereite Pipeline Nord Stream 2 öffnen, wäre der Spuk für ganz Europa mit einem Schlag vorbei. Die Bundesregierung hat es in der Hand. Sie kann weiterhin an ihrem selbsterstörerischen transatlantischen Kurs festhalten, das Abschlachten in der Ukraine in die Länge ziehen und Russland mit ohnehin kontraproduktiven Sanktionen belegen. Oder sie kann versuchen, auf Entspannungspolitik zu setzen, im Krieg in der Ukraine als «ehrlicher Makler» zu vermitteln und die Beziehungen zu Russland zu normalisieren. In Deutschlands Interesse wäre die zweite Lösung. Aber offenbar geht es ja um «höhere Dinge»; doch die werden der Regierung im Winter um die Ohren fliegen, wenn die Menschen die Folgen dieser Politik am eigenen Leib zu spüren bekommen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86817>



Ein Artikel von Daniela Lobmueh & Hannes Sies & Moritz Müller; 11. August 2022 um 10:08

Während der WikiLeaks-Gründer Julian Assange in London langsam, aber gründlich zugrunde gerichtet wird, schweigt die Bundesregierung, und allen voran Aussenministerin Baerbock. Von ihrem «Einsatz» für Assange im Wahlkampf scheint bei ihr im Auswärtigen Amt nichts übriggeblieben zu sein. Daniela Lobmueh und Hannes Sies analysieren das aktuelle Geschehen, mit Zusätzen von Moritz Müller.

Grüne Heuchelei? Aussenministerin Baerbock kämpft weltweit für Menschenrechte – nur nicht für die von Julian Assange

Canberra. Unterstützer von Julian Assange haben in dessen Heimatland Australien einen Aufruf an den Premierminister gerichtet: Seine Regierung soll im Auslieferungsverfahren des WikiLeaks-Gründers an die USA intervenieren. Mehr als 100 Menschen versammelten sich am 28. Juli 2022 vor dem australischen Parlamentsgebäude, um dieser Forderung Nachdruck zu verleihen. Die Parlamentsabgeordneten Andrew Wilkie, Monique Ryan, Bridget Archer sowie die Senatoren Jordon Steele-John, David Shoebridge und Peter Whish-Wilson der australischen Grünen unterstützten die Forderung.

Auch die grüne Aussenministerin Annalena Baerbock in Berlin hätte diese Demonstranten unterstützen sollen, denn sie hatte vor der Wahl versprochen, sich für Assange einzusetzen. Nicht zuletzt dafür wurden die Grünen in den deutschen Bundestag gewählt. Getan hat sich nichts, obwohl die Lage des wohl bedeutendsten Enthüllungs-Journalisten unseres Jahrhunderts immer bedrohlicher wird: «Aufgrund vorliegender Beweise sind wir ernsthaft besorgt, dass Mr. Assange in Haft sterben könnte», so die Doctors for Assange.

Der Publizist Assange hatte auf seiner Plattform WikiLeaks Kriegsverbrechen, Massenmorde und Folterpraktiken der USA und Grossbritanniens enthüllt und wird deshalb seit zehn Jahren von britischen und US-Behörden politisch verfolgt. Julian Assange wurde und wird in London bis heute in Isolationshaft im britischen Guantanamo, dem Hochsicherheits- und Terroristengefängnis Belmarsh, gefoltert.

Es fällt Baerbock und ihrer grünen Partei offenbar leichter, sich in Moskau, Peking und Ankara für die Menschenrechte einzusetzen als in London und Washington. Aber dort wird der Mann politisch verfolgt und psychisch gefoltert, dem die Welt die bislang meisten Enthüllungen von Menschenrechtsverletzungen verdankt. Kaum jemand hat mehr für die Menschenrechte getan als Julian Assange. Und was hat Baerbock, was haben die Grünen für Assange getan?

Julian Assange: Das langsame Sterben in Belmarsh

Während Baerbock um die Welt reist, warnen australische Ärzte jetzt erneut davor, dass der im Londoner Hochsicherheitsgefängnis Belmarsh inhaftierte WikiLeaks-Gründer binnen Monaten im Gefängnis sterben könne. Schon das renommierte medizinische Fachblatt *«The Lancet»* hatte seit Jahren wiederholt auf die gesundheitlichen Gefahren der Haftbedingungen für Assange hingewiesen. Die britische Justiz reagierte darauf nicht.

«Medizinische Untersuchungen von Julian Assange im Belmarsh-Gefängnis in Grossbritannien haben ergeben, dass er unter schweren lebensbedrohlichen kardiovaskulären und stressbedingten medizinischen Bedingungen leidet, einschliesslich eines Mikro-Schlaganfalls als Folge seiner Inhaftierung und psychologischen Folter», sagte der *«Doctors for Assange»*-Sprecher Robert Marr und wandte sich damit vor allem an die Regierungschefs und Aussenminister der westlichen Welt.

Olaf Scholz, Annalena Baerbock und ihre Kollegen stehen ganz vorn in der Reihe derer, die Joe Biden und Boris Johnson bei ihrer Folter des politisch verfolgten Assange Einhalt gebieten könnten. Doch Washington und London, die von WikiLeaks bei unzähligen Kriegsverbrechen ertappt wurden, haben offenbar Rache geschworen und wollen künftige Whistleblower durch die gnadenlose Misshandlung ihres wehrlosen Opfers abschrecken.

«Sollte Julian Assange in der Zelle sterben, dann sei er effektiv zu Tode gefoltert worden», schreiben die Doctors for Assange in *«The Lancet»*. Darin rufen sie auch zur Unterstützung auf. Zahlreiche Mediziner fordern das Ende der Folter und der medizinischen Vernachlässigung von Julian Assange. Erstmals hatten sich 60 Ärzte damit im November 2019 über *«The Lancet»* an die Öffentlichkeit gewandt. Jetzt bekämpften insgesamt 140 Mediziner aus verschiedenen Ländern weltweit die Forderungen. Auch deutsche Ärzte sind darunter, Fachärzte ebenso wie Allgemeinmediziner.» *«Medical Tribune»*

So schnell westliche Medien mit Empörung gegen China, Russland und andere konkurrierende Länder bei der Hand sind, so lautstark sie für deren Regimekritiker wie Protasewitsch oder Navalny Partei ergreifen, so träge und widerstrebend berichten sie im Fall Assange. Dabei gibt es viel zur Behandlung des Familienvaters Julian Assange, seinen Kindern und ihrer jungen Mutter, der Menschenrechtsanwältin Stella Moris, zu sagen.

«Wenn Julian um die Schlafenszeit der Kinder herum anruft, reden sie lautstark durcheinander. Die Anrufe dauern nur 10 Minuten. Als der Anruf neulich abrupt endete und Max, der drei Jahre alt ist, weinerlich fragte, ob er unartig gewesen sei, sagte ich abwesend, es sei nicht seine Schuld, sondern die von Mike Pompeo. Der fünfjährige Gabriel fragte: *«Wer ist Mike Pompeo?»* Ich hatte an Mike Pompeo gedacht, denn während der Innenminister hierzulande damit beschäftigt war, Julians Auslieferungsantrag zu unterzeichnen, wurde Pompeo in Spanien von einem Richter des Obersten Gerichtshofs vorgeladen, um ihn zu seiner Rolle als CIA-Direktor bei den angeblichen Mordkomplotten gegen meinen Mann zu befragen.»

Stella Moris in *«The Independent»*

Die Mahnungen von *«The Lancet»* stehen in einer langen Reihe von Anklagen gegen die britische Justiz, die von Westmedien, wenn überhaupt, unter ferner liegen berichtet wurden. Der prominenteste Ankläger wurde

für seine Kritik an London sogar scharf von deutschen Medien angegriffen: Der Schweizer Professor Nils Melzer, UN-Sonderberichterstatter zum Thema Folter, hat mit seinen sensationellen Assange-Enthüllungen 2021 Rechtsgeschichte geschrieben.

Justizwillkür schon in Schweden

Vor einem Jahr warnte ich, durch systematisch verwirrende Berichterstattung über Melzers Votum drohe der Kern seiner Botschaft unterzugehen: Die schwedische Justiz hat 2010 gezielt Beweise gefälscht und Zeugenaussagen manipuliert, um einen Vergewaltigungsverdacht gegen Julian Assange überhaupt erst zu konstruieren. So wurde sein Ruf zerstört und seine politische Verfolgung, Inhaftierung und Folterung erst möglich gemacht. Diese bei Melzer wohldokumentierten, skandalösen Fakten wurden in unseren Leitmedien abgewiegt, vertuscht und verschwiegen, sind bis heute einer breiten Öffentlichkeit unbekannt geblieben.

Inzwischen sind deutsche Medien dazu übergegangen, Professor Melzer persönlich zu attackieren, um seine Erkenntnisse im Fall Assange unglaublich erscheinen zu lassen. Die SZ versuchte, ihn mit einer unfairen Reportage sogar in die Ecke von Verschwörungstheoretikern, Coronaleugnern und Putin-Freunden zu rücken. Nils Melzer wehrte sich in *«Telepolis»*:

«In der Süddeutschen Zeitung vom 25.1.2022 werfen mir Thomas Kirchner und Ronen Steinke bereits im Titel *«fragwürdige Methoden»* vor und behaupteten online sogar, ich betätige mich als *«schriller Kronzeuge von Coronaleugnern und Putin-Freunden»*. Die dick aufgetragene Kritik an meiner Amtsführung als UN-Sonderberichterstatter erstaunt, zumal ich mir viel Zeit genommen habe, Herrn Kirchner meine Arbeitsmethoden und Beweggründe telefonisch darzulegen. Doch eine differenzierte Darstellung scheint nicht das Ziel des Artikels zu sein. Anstatt sich ernsthaft mit den unbequemen Fakten zu befassen, die meinen öffentlichen Stellungnahmen zugrunde liegen, drängen mich die Autoren mit befremdlichem Eifer in die Ecke der Verschwörungstheoretiker.»

Statt über Melzers Enthüllungen zu berichten, wird eine Kampagne gegen ihn gemacht. Dabei sind seine Ermittlungen im Fall Assange ein aussergewöhnlicher Glücksfall in der Rechtsgeschichte. Der Schweizer Jurist Nils Melzer spricht flüssig Schwedisch und arbeitete sich durch die schwedischen Akten zum Fall Assange. Doch sein Fazit will in den Leitmedien bis heute kaum jemand hören. Erst mühsam kämpfte er sich durch Netzmedien wenigstens an den Rand der öffentlichen Aufmerksamkeit. Von den Medien frustriert, legte er ein Buch vor, das seine Arbeit akribisch beschreibt, *«Der Fall Julian Assange: Geschichte einer Verfolgung»*, und folgte:

«Der eigentliche Zweck der Verfolgung von Assange ist nicht in erster Linie die persönliche Bestrafung von Assange, sondern die Etablierung eines Präzedenzfalles mit globaler Abschreckungswirkung für andere Journalisten, Publizisten und Aktivisten, um künftig weltweit jeden strafrechtlich verfolgen zu können, der es wagen sollte, die schmutzigen Geheimnisse der Regierungen ans Licht der Öffentlichkeit zu ziehen.» (Melzer, S. 320–21)

Melzer kritisierte auch die deutschsprachigen Leitmedien. Zwar würden einige Meinungsbeiträge halbherzig Partei für Assange ergreifen und auch die Gefahr für die Pressefreiheit anerkennen, «doch kein einziges Medienhaus protestiert gegen die den ganzen Fall durchziehende Justizwillkür» (Melzer, S. 312). Die Informationsblockade der Leitmedien verhindert eine breite Skandalisierung der Unrechtsjustiz, gibt einer wildgewordenen Exekutive und Judikative freie Hand. So ging seit Melzers niederschmetternder Kritik am Verfahren gegen Assange die skandalöse politische Verfolgung weiter.

London inhaftierte Assange-Unterstützer Murray

Assange hat viele Freunde in Grossbritannien, darunter den britischen Ex-Botschafter Craig Murray, der als Assange-*«Angehöriger»* dem Assange-Prozess folgen konnte. Der Zugang zum Gericht war streng reglementiert und nur wenige Beobachter waren zugelassen. Auch die NachDenkSeiten waren vor Ort vertreten. Murray wurde durch seine Berichte zu einer wichtigen Quelle und prangerte die wenig rechtsstaatliche Prozessführung wiederholt an. Bis er 2021 selbst inhaftiert wurde.

Offizieller Grund für die Inhaftierung des zu ehrlichen Assange-Prozessbeobachters Craig Murray war die Verletzung des Verbots der Ermöglichung von *«jigsaw identification»*: Murray soll bei seiner Berichterstattung in einem ganz anderen politischen Prozess so viele Details über die (angeblichen) Opfer genannt haben, dass deren Identifikation möglich sei. Murrays Verteidigung, andere Journalisten hätten mehr Details ausgeplaudert als er, wischte das Gericht vom Tisch und inhaftierte mit dem Justiz-Kritiker Murray sogar erstmals einen Journalisten wegen dieses Straftatbestands, so die Murray-Unterstützer 2021.

Ohne Murrays Berichte, die von den Leitmedien weitgehend ignoriert wurden, hätte die Welt weit weniger vom Assange-Prozess mitbekommen: Von den Aussagen der Zeugen der Verteidigung, den Friedensforschern und Presseexperten, die den US-Ankläger Lügen straften, der WikiLeaks abkanzeln wollte, von der Vernehmung des Pentagon-Whistleblowers Daniel Ellsberg und des bekannten *«Spiegel»*-Redakteurs John Goetz oder des deutschen Vorzeige-Journalisten Jakob Augstein, die für den WikiLeaks-Gründer Zeugnis ablegten. Ohne kleine Politblogs hätten wir wenig erfahren von Unrechtsjustiz und Staatsverbrechen, von

den Einlassungen erfahrener Nahost-Korrespondenten und von der Verweigerung weiterer Beweisaufnahme durch die desolate britische Justiz, die dem politisch Verfolgten einen kurzen Prozess machen wollte. Einmalig dürfte in so einem bedeutsamen Prozess auch sein, dass ein wichtiger Zeuge der Anklage seine Beeinflussung durch die Ankläger, darunter die grössten Juristen, die die US-Justiz aufbieten konnte, eingestehen musste. So geschehen aber im Fall Assange im Prozess von Belmarsh, wo herauskam, dass US-Geheimdienste besagten Zeugen, einen isländischen Kriminellen, bei WikiLeaks einschleusten und später zu Falschaussagen gegen Assange motivierten. Die Londoner Justiz sah darüber hinweg und, so kritische Prozessbeobachter wie Melzer und Murray, akzeptierte weitere absurde Beschuldigungen der US-Regierung gegen den WikiLeaks-Gründer als rechtswirksam.

Es war ein absurd Schauspiel gegen einen kritischen Journalisten, der als politischer Gefangener abgeurteilt werden sollte. An Julian Assange soll ein brutales Exempel statuiert werden, zur Einschüchterung aller kritischen Medien, die es wagen, ihre Stimme gegen die Machenschaften der Machteliten des Westens zu erheben. Jener Machteliten, die ihren Deep State durch befliessene Leitmedien zur Verschwörungstheorie erklären und ihre von Assange enthüllten Kriegsverbrechen vertuschen wollen.

National Security Bill statt Pressefreiheit

Nach der Verurteilung zur Abschiebung in die USA durch das zweifelhafte Gerichtsverfahren in London blieb nur Boris Johnsons Aussenministerin Patel, um eine Auslieferung von Assange an seine Verfolger zu verhindern. Priti Patel wurde von vielen Menschenrechtsverfechtern aufgefordert, die Auslieferung des WikiLeaks-Gründers Julian Assange an die USA zu stoppen, aber sie tat es nicht. Warum? Steht Grossbritannien nicht für eine grossartige Tradition der Pressefreiheit und des Rechtsstaats? Prof. Nils Melzer kam in seinem Bericht, der sich wie ein Justizthriller liest, zu Schlussfolgerungen, die sich weitgehend mit dem decken, was Assange-Anhänger seit einem Jahrzehnt skandalisieren:

Der WikiLeaks-Gründer wurde Opfer einer Intrige, einer gnadenlosen Rufmordkampagne sowie politischer Verfolgung. Es handelt sich also um ein Staatsverbrechen, für das die Verantwortlichen aller beteiligten Staaten – der USA, Grossbritanniens, Schwedens und zuletzt Ecuadors – eigentlich vor Gericht gehören. Gegen Assange konnten die USA vor Gericht, anders als die Londoner Richterin in ihrem Urteil behauptet, aus Melzers Sicht nichts strafrechtlich Relevantes vorweisen. In einem rechtsstaatlichen Verfahren wäre er schon lange ein freier Mann. Das läuft schliesslich auf den Vorwurf der Justizwillkür hinaus.

Eine Rolle dürfte dabei auch spielen, dass Grossbritannien selbst ein grosses Interesse daran hat, den Journalisten Assange hinter Gittern zu sehen, weil der auch britische Kriegsverbrechen aufdeckte.

2020 schloss der Internationale Strafgerichtshof (IStG) in Den Haag eine Voruntersuchung zu Kriegsverbrechen im Irak ab. IstG-Chefanklägerin Fatou Bensouda konnte auch durch WikiLeaks-Enthüllungen beweisen, dass Angehörige der britischen Streitkräfte «vorsätzliche Tötungen, Folter, unmenschliche/grausame Behandlung, Verletzung der persönlichen Würde und Vergewaltigung und/oder andere Formen sexualisierter Gewalt begangen haben». Wie reagierte die Regierung Johnson? Nicht durch strengere Kontrolle der Streitkräfte für humanere Kriegsführung, sondern durch härtere Gesetze gegen Whistleblower und kritische Journalisten:

«Anfang Juni legte Priti Patel dem Parlament ihren neuesten Coup zur ersten Lesung vor: Die sogenannte National Security Bill. Sollte das Gesetz durchkommen, würde das Berichten über «vertrauliche» amtliche Informationen im öffentlichen Interesse eine Straftat darstellen, wenn der Journalist oder dessen Organisation ausländische Finanzmittel erhielte. Davon könnten dann Nichtregierungsorganisationen wie etwa Transparency International betroffen sein.» Ina Sembder, jw 20.6.22

Prof. Nils Melzer zeigt sich in seinem Buch überzeugt, die westlichen Medien hätten sich mit ihrer willfährigen Beteiligung an der Anti-Assange-Rufmordkampagne zu Gehilfen einer perfiden psychischen Folter gemacht. Melzer spricht von «öffentlichen Mobbing» (S. 109). Der UN-Folterbeauftragte kritisiert das anhaltende Ausbleiben medialer Aufmerksamkeit für den Fall Assange, so kritisierte 2020 auch das internationale Portal Media Lens, das 2007 den Gandhi-Friedenspreis erhielt.

Würden westliche Leitmedien die Justizwillkür angemessen skandalisieren, so Melzers These, hätten die Briten das windige Verfahren rasch einstellen müssen: «Denn wenn Regierungen eines fürchten, dann ist es das gebündelte Scheinwerferlicht und die kritischen Fragen der Massenmedien.» (Nils Melzer, Der Fall Assange, S. 312)

All dies dürfte einer Aussenministerin Baerbock «ich komme mehr vom Völkerrecht» eigentlich nicht verborgen bleiben oder es müsste ihr von Beratern zugetragen werden. Im Wahlkampf hat sie schamlos Stimmen gefischt mit vermeintlichem Einsatz für Assange und nun sagt sie nichts Wirkliches mehr zu diesem Fall.

Quellen:

Courtney Gould, Julian Assange: Doctor's grim diagnosis for WikiLeaks founder, NCA NewsWire 28.7.22, perthnow.com.au/news/australia/doctors-warn-julian-assange-could-die-while-awaiting-extradition-c-7674450

Frost, St. u.a., End torture and medical neglect of Julian Assange, The Lancet, 17.2.2020, thelancet.com/journals/lancet/article/P11S0140-6736(20)30383-4/fulltext

Hogan, W. u.a., The ongoing torture and medical neglect of Julian Assange, The Lancet, 15.6.2020, thelancet.com/journals/lancet/article/P11S0140-6736(20)31444-6/fulltext

Kolbeck, Cornelia, „Doctors for Assange“ verurteilen Umgang mit Whistleblower medical-tribune.de/meinung-und-dialog/artikel/doctors-for-assange-verurteilen-umgang-mit-whistleblower/

Melzer, Nils, Der Fall Julian Assange: Geschichte einer Verfolgung, Piper-Verlag Frankfurt 2020 piper.de/buecher/der-fall-julian-assange-isbn-978-3-492-07076-8

Rueger, Gerd R.: Kampagne gegen WikiLeaks? Die TV-Dokumentation „WikiLeaks – Geheimnisse und Lügen“, Berliner Gazette, 14.4.2012, berlinergazette.de/tv-doku-wikileaks-the-guardian/#more-29944

Sembdner, Ina, USA gegen Assange: Rache und Kalkül, Junge Welt 20.6.2022 jungewelt.de/artikel/428700.usa-gegen-assange-rache-und-kalk%C3%BCl.html

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86811>



12. August 2022 um 9:00

Ein Artikel von: [Florian Warweg](#)

Ein Artikel von Florian Warweg

Diese Woche tourt der US-amerikanische Außenminister Antony Blinken durch den afrikanischen Kontinent, mit dem erklärten Ziel, die Länder Afrikas im Ukraine-Konflikt auf die Seite des Westens zu ziehen. Viele Beobachter sehen dies als direkte Reaktion auf die zuvor erfolgte Afrika-Reise des russischen Außenministers Sergej Lawrow. Doch schon bei seiner ersten Station in Südafrika bekam Blinken ungewohnten Gegenwind. Südafrikas Außenministerin Naledi Pandor stellte selbstbewusst klar, dass ihr Land alle Einschüchterungsversuche durch Washington und Brüssel in Afrika ablehne und Pretoria souverän über die eigene Außenpolitik entscheide. Von Florian Warweg.

Viele Analysten in Südafrika und anderen afrikanischen Staaten sahen Blinkens Afrikareise von Beginn an kritisch, diese sei nur darauf ausgerichtet, den Kontinent im Konflikt mit Russland auf die Seite des Westens zu ziehen. Die Erfolgsaussichten eines solchen Vorhabens werden als unwahrscheinlich eingeschätzt. So erklärte unter anderem der bekannte nigerianische Analyst Chris Ogunmodede diesbezüglich: «Wenn es darum geht, mit China und Russland zu konkurrieren, dann wird das scheitern. Denn es geht nicht darum, was die Afrikaner wollen. Es geht nur darum, was Washington will. Das ist keine Partnerschaft.» Wie zur Bestätigung dieser Einschätzung verlief dann auch die Pressekonferenz von US-Aussenminister Blinken mit seiner südafrikanischen Amtskollegin Pandor. Gleich zu Beginn warb Blinken die Länder Afrikas um Unterstützung bei den Bemühungen, Russland wegen «der Invasion in der Ukraine» zu isolieren, und erklärte weiter:

«Wenn wir es zulassen, dass ein grosses Land ein kleineres Land tyrannisiert, dann gibt es kein Halten mehr, dann kommt es zur Freiwildjagd. Nicht nur in Europa, sondern in der ganzen Welt. Und die Auswirkungen werden auch hier und weltweit zu spüren sein. Deswegen stehen wir ein für die Prinzipien des Multilateralismus und unterstützen die Ukraine.»

Darauf erwiderte Südafrikas Außenministerin:

«Wir sind der Meinung, dass die Grundlagen von Multilateralismus und der UN-Charta für alle Länder gelten müssen, nicht nur für bestimmte. Ebenso wie das ukrainische Volk hat auch das palästinensische Volk Anspruch auf sein Land und seine Freiheit. Wir sollten ebenso besorgt darüber sein, was mit den Menschen

in Palästina geschieht, wie was mit den Menschen in der Ukraine passiert. Wir sehen hier derzeit keinen ausgewogenen völkerrechtlichen Ansatz. Wir sind besorgt über die Lage in Gaza auch eingedenk unserer eigenen Vergangenheit, da wir auch selbst Apartheid durchlitten haben.»

Zudem forderte sie vehement eine internationale Untersuchung der im Mai 2022 bei der Berichterstattung über eine Operation der israelischen Armee im Westjordanland erschossenen palästinensisch-amerikanischen Al-Jazeera-Journalistin Shireen Abu Akleh und Bestrafung der für ihren Tod Verantwortlichen.

Blinken sah sich im weiteren Verlauf gezwungen einzuräumen, dass Russland durchaus Erfolge in Afrika mit seinem diplomatischen Ansatz zu verzeichnen hat, und betonte dann, dass er nicht gekommen sei, «um Südafrika zu einer Wahl zu zwingen», sondern lediglich, «um eine Wahlmöglichkeit anzubieten» angesichts der russischen Aktivitäten in Afrika. Diese bestünden vor allem im Export von «Söldnern der Wagner-Gruppe», was in «Tod und Zerstörung» in vielen afrikanischen Ländern enden würde. Der US-Aussenminister erklärte dann weiter:

«Dazu wollen wir eine Alternative anbieten. Wir implementieren gerade den sogenannten «Global Fragility Act». Dies wird Ländern vor allem in Afrika ermöglichen, Sicherheitsprobleme nachhaltig und ohne Provokation von weiterer Gewalt oder Unsicherheit anzugehen.»

Im entsprechenden Gesetz heisst es dazu allerdings nur unverbindlich:

«Mit diesem Gesetzentwurf wird das Aussenministerium angewiesen, die ressortübergreifende Global Fragility Initiative einzurichten, um konfliktbetroffene Gebiete zu stabilisieren und Gewalt weltweit zu verhindern, und es werden Mittel zur Unterstützung dieser Bemühungen bereitgestellt.»

Auf die anschliessende Frage einer US-Journalistin, wie Südafrika die «Bemühungen» der USA und ihrer westlichen Alliierten bewertet, Russland zu isolieren, antwortete Südafrikas Aussenministerin, mit einem süffisanten Lächeln Bezug nehmend auf die vorherige Darlegung Blinkens, wie folgt:

«Ich bin froh, dass Aussenminister Blinken bestätigt hat, dass Amerika uns nicht auffordert, uns zu entscheiden, ich kann mich auch an keinen solchen Versuch erinnern, dies zu tun. Aber in Bezug auf unsere Interaktionen mit einigen Partnern in Europa und anderswo gab es durchaus den Eindruck von Bevormundung und Einschüchterungsversuchen nach dem Motto «wähle dies, sonst ...».»

Weiter führte Pandor in diesem Kontext aus, dass sich Südafrika sehr besorgt zeige über einen aktuellen Gesetzentwurf, der bereits vom US-Repräsentantenhaus mit grosser Mehrheit abgesegnet wurde unter dem Titel: «Countering Malign Russian Activities in Africa Act» («Gesetz zur Bekämpfung bösartiger russischer Aktivitäten in Afrika»). Dort wird afrikanischen Staaten und Politikern, die mit Russland zusammenarbeiten, unverhohlen mit Konsequenzen gedroht.

Dazu erklärte die südafrikanische Aussenministerin das Thema abschliessend:

«Dies ist ein unglücklicher Gesetzesentwurf. Wir hoffen, die Medien würden mehr darüber berichten. Denn wenn wir an die Freiheit glauben, ist es die Freiheit für alle. Man kann nicht einfach sagen, weil Afrika etwas tut (was Washington nicht gefällt), wird man dann von den Vereinigten Staaten bestraft. Das ist enttäuschend. Es ist wichtig, dass wir akzeptieren, dass wir unterschiedliche Meinungen haben können. Wir sind schliesslich alles souveräne Nationen.»

Bereits vor Blinkens Besuch hatte Pandor einen Beitrag veröffentlicht, in welchem sie kritisierte, dass das geplante US-Gesetz nur dazu diene, «Länder in Afrika zu bestrafen, die sich nicht an die westliche Linie im Krieg zwischen Russland und der Ukraine halten.»

Angesichts des von Blinken proklamierten Ziels, Afrika auf die Seite der USA und ihrer Verbündeten zu ziehen, kann man, vor dem Hintergrund der Pressekonferenz und dem Ausgang der anderen Gespräche, zumindest seinen Besuch in Südafrika, dem mit Abstand wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Akteur des Kontinents, auf eigentlich allen Ebenen als gescheitert bezeichnen. Zudem bezeugt der Ausgang der Reise des US-Aussenministers, dass das «Ende der unipolaren Welt nicht nur leeres Gerede ist. Das sehr selbstbewusste und souveräne Auftreten der südafrikanischen Aussenministerin und deren Eintreten gegenüber dem Vertreter des «Empires» für einen Multilateralismus, welcher den Namen wirklich verdient, ist ein überzeugender Beleg der massiven Verschiebungen in den Kräfteverhältnissen der internationalen Beziehungen.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86833>

Wird Biden in einen neuen Weltkrieg stolpern?

uncut-news.ch, August 12, 2022

Das Verhalten der politischen Entscheidungsträger in Washington ähnelt auf unheimliche Weise dem Verhalten der britischen Führung zu Beginn des Ersten Weltkriegs.

Im Jahr 1979 kündigte Präsident Carter offiziell den 1954 geschlossenen Vertrag über die gegenseitige Verteidigung mit Taiwan. Damit beendete Carter abrupt die Verpflichtung Washingtons, Taiwan gegen Angriffe vom chinesischen Festland zu verteidigen. Auf die Frage eines Journalisten, ob er im Falle einer chine-

sischen Invasion Taiwans militärische Gewalt anwenden würde, antwortete Präsident Biden: «Ja, dazu sind wir verpflichtet.»

Wenn es um Verteidigungs- und Aussenpolitik geht, gibt es in den politischen Kreisen Washingtons nur sehr wenige eiskalte Realisten. Seit 1945 neigen die meisten amerikanischen Präsidenten – mit einigen bemerkenswerten Ausnahmen – dazu, kurzfristigen politischen Glanz oder kurzlebige liberale Anliegen über greifbare, konkrete nationale Interessen in den Beziehungen der USA zu anderen Nationalstaaten zu stellen. Biden ist keine Ausnahme von dieser Regel.

Mehr von Impulsen und Emotionen als von Vernunft oder Faktenkenntnis geleitet, mag Präsident Biden, wie die meisten der herrschenden politischen Klasse Washingtons, insgeheim über den Besuch von Sprecherin Pelosi in Taipeh erfreut sein. Betrachtet man jedoch den Besuch von Pelosi in Taiwan im Zusammenhang mit Bidens offensichtlich unbedachter Bemerkung, so wird deutlich, dass diese Kombination in ganz Asien negative Auswirkungen hat.

Japans oberster Regierungssprecher, Hiroakazu Matsono, drückte eine Ansicht aus, die in ganz Asien geteilt wird, als er sagte: «Frieden und Stabilität in der Strasse von Taiwan sind nicht nur für die Sicherheit Japans, sondern auch für die Welt wichtig.» Auf die Frage, ob Japan, der wohl wichtigste strategische Partner Amerikas in Asien, den Besuch von Sprecherin Pelosi in Taiwan unterstützt, antwortete Matsuno: «Wir sind nicht in der Lage, das zu kommentieren.» Der Präsident der Republik Korea (ROK) lehnte ein Treffen mit Pelosi einfach ab.

Diese Entwicklungen sollten die Amerikaner nicht überraschen. Der Sprecher des Repräsentantenhauses ist kein aussenpolitisches Sprachrohr, es sei denn, er wird vom Präsidenten und dem Aussenminister dazu ermächtigt. In einer Zeit, in der die Äusserungen des Präsidenten so oft von seinen Sprechern zurückgenommen werden, trägt dieser Mangel an Klarheit zu den Spannungen bei, die durch grossspurige Senatoren und Kongressabgeordnete entstehen, die keine Verantwortung für Ereignisse jenseits der Grenzen Amerikas tragen. Die Amerikaner sollten auch Politikern gegenüber misstrauisch sein, die Krisen in Übersee ausnutzen, um auf Kosten der nationalen strategischen Interessen der USA Schlagzeilen zu machen. Ein solches Verhalten ist gefährlich für die Nation.

Zu einer vernünftigen Aussenpolitik und Militärstrategie gehört mehr, als jeden potenziellen Konflikt als eine grosse moralische Sache zu behandeln, bei der alle Werte der amerikanischen Zivilisation auf dem Spiel stehen. Mit anderen Worten: Lassen Sie sich nicht auf leere Gesten ein, die zu einem bewaffneten Konflikt führen könnten, auf den die US-Streitkräfte nicht vorbereitet sind. Leiten Sie keine militärischen Massnahmen ein, wenn Sie den wahren Zweck des Konflikts nicht verstehen, die Anforderungen an das amerikanische Volk nicht genau kennen und der gewünschte Endzustand des Konflikts nicht nur definiert, sondern auch erreichbar ist. Während diese Punkte dem zufälligen Beobachter selbstverständlich erscheinen müssen, zeigt die Geschichte, dass sie es nicht sind.



Prime Minister H.H. Asquith in July 1914. (Daily Mirror/Mirrorpix via Getty Images)

Am 1. August 1914, dem Tag, an dem Deutschland zum Krieg gegen Russland und Frankreich mobilisierte, sprachen sich die führenden Mitglieder des britischen Kabinetts gegen einen Kriegseintritt gegen Deutschland aus. Die letztendliche Entscheidung, in den Krieg einzutreten, war jedoch nicht das Ergebnis eines langen, komplexen Entscheidungsprozesses. Aussenminister Sir Edward Grey vertrat die Ansicht, dass Grossbritannien die moralische Verpflichtung habe, die Neutralität Belgiens zu wahren.

Sir Winston Churchill, der erste Lord der Admiralität, vertrat die Ansicht, dass die britische Wählerschaft zum Handeln aufgefordert sei. Später sagte er, dass die Royal Navy die einzige Kraft sei, die den Krieg an einem Nachmittag gegen Deutschland verlieren könne; das heisst, ein einziger entscheidender Verlust für

die britische Flotte hätte den Ausgang des gesamten Krieges bestimmt. Churchills Haltung bestärkte die Kabinettsminister in der Annahme, dass Deutschland sich für einen Seekrieg zu Bedingungen entscheiden würde, die das britische Empire begünstigten.

Der britische Premierminister Herbert Henry Asquith kam schliesslich zu dem Schluss, dass seine politischen Gegner seine Regierung durch eine neue ersetzen würden, wenn seine Regierung Deutschland und Österreich-Ungarn nicht den Krieg erklären würde. Am 4. August, nachdem die britische Regierung den Krieg erklärt hatte, überbrachte General Kitchener, der neu ernannte Chef des britischen Generalstabs, die schlechte Nachricht: Der Krieg, so Kitchener, würde mindestens drei Jahre dauern und den Einsatz britischer Millionenarmeen für ein langes, erschöpfendes Engagement auf dem Kontinent erfordern. Die Minister waren fassungslos.

Die britische Entscheidung, gegen Deutschland und Österreich-Ungarn in den Krieg zu ziehen, beruhte nicht auf einer objektiven Bewertung der jeweiligen strategischen Stärken und Schwächen der beiden Seiten. Diejenigen in Washington, die auf eine Konfrontation mit China drängen, lassen sich ebenfalls mehr von Emotionen als von Vernunft leiten.

Peking geht davon aus, dass die unmittelbare Bedrohung für China von der Pazifikflotte der US-Marine und der amerikanischen Luftwaffe ausgeht. Aus diesem Grund hat Peking in den letzten zwei Jahrzehnten massiv in eine Kombination aus mehrschichtiger Luftverteidigung und einem riesigen Arsenal bodengestützter taktischer und mittelgrosser präzisionsgelenkter Boden-Boden-Raketen, Raketen und Streumunition investiert, die mit dauerhaften weltraum- und erdgestützten Nachrichtendienst-, Überwachungs- und Aufklärungsplattformen (ISR-Strike) verbunden sind.

Bei einer Konfrontation um Taiwan müsste die Überwasserflotte der US-Marine weit vor Chinas Küste operieren, um den Raketenangriffen der PLA zu entgehen, was die Fähigkeit der Überwasserflotte, die Ereignisse an Land in China zu beeinflussen, stark einschränkt. Washington könnte die chinesische Pazifikküste immer noch blockieren, müsste sich dabei aber in erster Linie auf seine atomgetriebenen Angriffs-U-Boote in tiefen Gewässern verlassen.

Aber eine Blockade würde Chinas wichtigsten strategischen Vorteil nicht zunichte machen. Die Lage auf dem Festland mit einem befreundeten, ressourcenreichen Russland im Norden lässt vermuten, dass eine Blockade kaum Erfolg haben wird. Ausgehend von den Ausgaben für Munition und präzisionsgelenkte Waffensysteme aller Art in der Ukraine wären die derzeitigen US-Bestände an präzisionsgelenkten Raketen und Munition schnell aufgebraucht. Unrealistisches Denken über die Anforderungen der modernen Kriegsführung in Verbindung mit einem falschen Gefühl der moralischen Überlegenheit hat dem britischen Empire irreparablen Schaden zugefügt und Grossbritannien schliesslich zu einer zweitklassigen Macht gemacht. Für die Amerikaner stellt sich die Frage, ob die Führung in Washington, D.C., nicht einem Brontosaurus mit einem 50 Meter langen Körper und einem Gehirn von der Grösse einer Stecknadel gleicht. Mit jedem Tag, der vergeht, wird es für Amerikaner mit gesundem Menschenverstand wichtiger, die Nadelhirne zu ersetzen, die die Show im Regierungsbezirk leiten, bevor sie die Amerikaner auf den ruinösen Weg führen, den die Briten 1914 eingeschlagen haben.

QUELLE: WILL BIDEN STUMBLE INTO A NEW WORLD WAR?

ÜBERSETZUNG: ANTIKRIEG

Quelle: <https://uncutnews.ch/wird-biden-in-einen-neuen-weltkrieg-stolpern/>



Roger Waters: „Biden schürt das Feuer in der Ukraine“

Ein Artikel von: Tobias Riegel, 10. August 2022 um 10:49

Der Mitbegründer der britischen Rockband Pink Floyd, Roger Waters, geht in einem interessanten CNN-Interview ins Gericht: Mit der NATO-Position vor und während des Ukrainekriegs und mit der Haltung vieler westlicher Journalisten dazu. Ich folge nicht allen seinen politischen Aussagen, aber Waters ist im Moment

einer der ganz wenigen prominenten Künstler, die sich wahrnehmbar gegen die verzerrende und verkürzende Meinungsmache zum Ukrainekrieg positionieren. Von Tobias Riegel.

«We don't need no Education» («Wir brauchen keine Bildung») lautet eine bekannte Textzeile, die Roger Waters kreiert hat. Mit einem aktuellen Interview bei CNN stützt er diese These zunächst nicht – Waters macht etwa bei der Vorgeschichte des Ukrainekriegs den Eindruck, besser informiert zu sein als die meisten tonangebenden Journalisten in Deutschland.

«Sagen Sie nicht, es gäbe seriöse Nachrichten auf CNN»

Aber der Text des zitierten Pink-Floyd-Songs «Another Brick in the Wall II» geht ja auch noch weiter, mit folgender Zeile: «We don't need no Thought Controls» («Wir brauchen keine Gedankenkontrolle») – es kommt also auf die Inhalte der «Bildung» an. Dieser Unterschied zwischen «kontrollierender» Berieselung einerseits und nützlicher Information andererseits wird auch im Interview thematisiert, wenn der CNN-Journalist Michael Smerconish für die politische Orientierung empfiehlt, möglichst viele Quellen zu studieren und damit mutmasslich etablierte Mainstreammedien meint. Waters nennt im folgenden Satz eines der Motive hinter einem solchen Nachrichten-Strom:

«Wenn ich die ganze Zeit damit verbringen würde, zu lesen, was bei Fox, «New York Times» und «Washington Post» und all dem anderen Müll verbreitet wird (...), ich würde zu nichts anderem mehr kommen.»

Er ergänzt:

«Wo findet man denn Nachrichten – und sagen Sie nicht, es gäbe seriöse Nachrichten auf CNN.»

«Biden schürt das Feuer in der Ukraine»

Bei Waters aktueller Bühnenshow kommt eine Montage von Kriegsverbrechern zum Einsatz, darunter befindet sich auch US-Präsident Joe Biden. Auf die irritierte Frage von Smerconish dazu, trifft Waters dann einige wichtige Aussagen:

«Biden schürt das Feuer in der Ukraine, das ist ein grosses Verbrechen.»

«Warum verlängern die USA den Krieg? Er könnte morgen enden, wenn Biden es wollte», so Waters weiter, der auch fragt: «Warum ermutigten die Vereinigten Staaten den ukrainischen Präsidenten Selensky nicht dazu, zu verhandeln, um diesem schrecklichen, grauenhaften Krieg vorzubeugen?» Selensky sei doch von den Ukrainern eigentlich gewählt worden, um den Friedensplan «Minsk II» umzusetzen. Auf den Einwand von Smerconish, es seien doch die Russen, die angegriffen hätten, antwortete Waters:

«Jeder Kriegsbeginn hat eine Geschichte. Sie können sagen, der Krieg begann an jenem Tag, oder auch schon 2008. Es geht in diesem Krieg im Grundsatz um Aktion und Reaktion auf das Vorrücken der NATO bis zur russischen Grenze.»

Die NATO hätte Gorbatschow aber einst das Gegenteil versprochen, und: «Sie sollten sich überlegen, was die USA machen würden, wenn China in Kanada und Mexiko seine Atomwaffen stationieren würde.»

Pathos und Zero-Covid

Waters zögert auch nicht, Pathos zu entwickeln, etwa mit einer Theorie eines (selbstverständlich zu begrüßenden) ganzheitlichen Verständnisses unter allen Menschen. Befremdlich waren für mich seine Aussagen zur Corona-Politik, die eine Präferenz für eine harte Zero-Covid-Strategie vermuten lassen, wie sie in China verfolgt wird. Bei diesem Beispiel stösst dann auch die Medienkritik von Waters an Grenzen, etwa wenn die Medienkampagnen zu den Corona-Massnahmen von ihm nicht angemessen kritisiert werden.

Die Aussage, wonach China Taiwan derzeit «umzingelt», wies Waters zurück, denn die Insel sei nach gängiger internationaler Meinung seit 1948 ein Teil von China. «Glückwünsche» äussert er für Kolumbien, das endlich einen Präsidenten habe, der nicht «in der Tasche» von US-Konzernen stecke.

Es werden in dem Gespräch auch musikalische Themen gestreift, etwa durch Blicke auf die komplizierte, aber kreative Zusammenarbeit mit den Kollegen von Pink Floyd. Auf seinen Solo-Konzerten spiele Waters noch immer viele Stücke von klassischen Pink-Floyd-Alben, etwa «Dark Side of the Moon» und «Wish you were here». Doch auch dieses Thema wird schnell politisch, wenn die Frage gestellt wird:

«Kann man eine Waters-Show auch dann geniessen, wenn man seine politischen Äusserungen nicht teilt?»

Roger Waters, der «Verschwörungs-Erzähler»

Russlands Ex-Präsident Dmitrij Medwedew teilte die aktuellen Äusserungen erwartungsgemäss und twitterte: «Es gibt noch adäquate Leute im Westen. Pink Floyd forever.» Die Reaktionen mancher grosser Medien im Westen gehen – ebenfalls erwartungsgemäss – in eine andere Richtung. Dem Waters-Interview muss man aber auch positiv anrechnen, dass Teile dieses Gesprächs mit CNN auf einem Mainstream-Kanal prominent gesendet wurden.

Einige Stimmen aus der Pop-Branche sind nicht amüsiert über die Positionen von Waters, etwa die deutsche Ausgabe des Musikmagazins «Rolling Stone», das Waters als «Verschwörungs-Erzähler» einordnet, der «einer der prominentesten Unterstützer der Israel-feindlichen BDS-Bewegung» sei und der 2013 Israels

Umgang mit den Palästinensern auf eine Stufe mit dem Vorgehen der Nazis gegen die Juden gestellt habe. Der Bayerische Rundfunk ordnet manche der Aussagen des aktuellen Interviews als «sehr umstritten» oder gar «bizar» ein.

Der ukrainische Botschafter in Österreich, Alexander Scherba, nannte Waters nach dem Interview laut Medienberichten eine «willenlose, herzlose, gnadenlose und verlorene Person». Erst habe Waters behauptet, es werde keinen Krieg geben, weil Putin zu schlau dafür sei. «Jetzt gibt es Krieg – und du sagst, dieser Krieg habe einen guten Grund», schrieb Scherba auf Twitter und forderte Waters auf, nach Russland zu ziehen. Diese Aufforderung soll mutmasslich ein Bild von Waters als kritiklosem Putin-Fan zeichnen. Dieses Bild hat aber keinen Bestand. So nannte Waters den russischen Einmarsch in die Ukraine den «Akt eines Gangsters». Außerdem hatte er 2014 öffentlich die bedrängte russische Band «Pussy Riot» unterstützt und sich in New York mit Marija Wladimirowna Aljochina und Nadeschda Andrejewna Tolokonnikowa getroffen.

Das Bild von Waters ist also facettenreich. Ich folge nicht allen seinen politischen Aussagen. Aber es ist zu respektieren, dass er im Moment einer der ganz wenigen prominenten Künstler ist, die sich öffentlich und wahrnehmbar gegen die extrem verzerrende und verkürzende Meinungsmache zum Ukrainekrieg positionieren.

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86766>



Baerbocks 180-Grad-Wende in der deutschen Außenpolitik



12. August 2022 um 10:30
Ein Artikel von [Karin Leukefeld](#)

Ein Artikel von Karin Leukefeld

Die deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock hat Anfang August an der New School in New York eine «Grundsatzrede» zu den transatlantischen Beziehungen gehalten. Dabei erinnerte sie an die Philosophin Hannah Arendt, die an eben jener Universität gelehrt und auch über das «Denken ohne Geländer» gesprochen habe. Das werde heute gebraucht, sagte Baerbock: «Wir müssen frische Ideen entwickeln.» Die «frischen Ideen», die die deutsche Aussenministerin in ihrer «Grundsatzrede» entwickelte, waren nicht weniger als eine 180-Grad-Kehrtwendung deutscher Aussenpolitik. Die deutsche Aussenpolitik war seit dem Ende des 2. Weltkrieges auf die Annäherung an die Nachbarstaaten und eine Versöhnung mit Osteuropa, vor allem mit Russland, gerichtet. Baerbock instrumentalisierte nun die Denkleistung von Hannah Arendt für die umstrittene «Zeitenwende» der Bundesregierung. «Denken ohne Geländer» bedeute für sie und die Bundesregierung, ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgelegt zu haben, um die Bundeswehr zu stärken, sagte Baerbock. Grundsätze, die in Deutschland existiert hätten, würden revidiert.

Von Karin Leukefeld.

Im transatlantischen Denkkäfig gefangen

Zum 125-jährigen Bestehen des Auswärtigen Amtes wurde 1994 ein 1160 Seiten starker Jubiläumsband veröffentlicht, in dem Dokumente aus den Jahren 1949 bis 1994 ganz oder teilweise veröffentlicht wurden. Nicht Brüche und Katastrophen, Aufstieg und Fall Deutschlands in der Zeit von 1870 bis 1945 sollten gewürdigt werden, hieß es im Vorwort. Vielmehr sollte von 1949 bis 1994 ein Zeitraum reflektiert werden,

«der für viele Leser selbst erlebte Vergangenheit» sei. «Teilung Deutschlands, Kalter Krieg und Mauerbau, zugleich aber auch Frieden, Freiheit, Wohlstand und am Ende die Einheit», um nur einige Stichworte zu nennen.

Das Buch dokumentiert die Aussenpolitik der Bundesrepublik Deutschland, die – wie nahezu alles beim politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Aufbau Westdeutschlands nach 1945 – von den westlichen Siegermächten USA, Grossbritannien und Frankreich gestaltet worden war. Man habe ein «Vademecum», einen Leitfaden und Ratgeber über die deutsche Aussenpolitik von 1949 bis 1994 vorgelegt, so der damalige Aussenminister Klaus Kinkel im Vorwort. Reflexion über die deutsche Aussenpolitik und jede Bilanz über deren künftige Ausgestaltung solle «mit der Kenntnis der Fakten beginnen», so Kinkel.

Kenntnis der Fakten

Als die Dokumentensammlung des Auswärtigen Amtes veröffentlicht wurde, war die heute amtierende Aussenministerin 14 Jahre alt und sollte in der Schule durchaus etwas über die Anfänge der Bundesrepublik Deutschland, in der sie aufwuchs, gelernt haben.

Die chronologische Zeittafel der Dokumentation beschreibt die Entwicklung zwischen 1945 und 1949, aus der deutlich wird, wie die anglo-amerikanischen Siegermächte Schritt für Schritt Westdeutschland vereinnahmt und die UdSSR brüskiert haben. Aussenministerberatungen der vier Siegermächte in Moskau (März/April 1947) bringen zwar eine Einigung darüber, dass deutsche Kriegsgefangene bis Ende 1948 zurückgeführt werden sollten. Doch eine Einigung über einen deutschen Friedensvertrag kam nicht zustande.

Noch während der Tagung der Aussenminister in Moskau (1947) verkündet US-Präsident Harry S. Truman in einer Rede vor dem US-Kongress die neue Linie der US-Aussenpolitik. Die als «Truman-Doktrin» bekannt gewordene Rede sagte allen «freien Völkern» militärische und wirtschaftliche Hilfe im Kampf gegen die UdSSR, die «kommunistische Bedrohung» zu.

Im Juni des gleichen Jahres (1947) rief der damalige US-Aussenminister George C. Marshall «die Völker Europas» auf, sich für ein gegenseitiges wirtschaftliches Hilfs- und Wiederaufbauprogramm zusammenzuschliessen und Deutschland einzubeziehen. Die USA würden die erforderliche Wirtschaftshilfe leisten.

Diesem als «Marshall-Plan» bekannt gewordenen Plan stimmten im September 1947 vierzehn europäische Staaten zu. Eine von den Aussenministern der Siegermächte erneut verhandelte Friedensregelung für Deutschland blieb dagegen erneut ohne Ergebnis. Im April 1949 folgte die Gründung der NATO, Anfang Mai 1949 erhielt Westdeutschland ein Grundgesetz. Im September folgten Wahlen zum Bundestag, Theodor Heuss wurde Bundespräsident, Konrad Adenauer zum Bundeskanzler gewählt.

Im Oktober d. J. erhielt die DDR eine eigene Verfassung. Otto Grotewohl wurde Ministerpräsident, Wilhelm Pieck Präsident der DDR. Die westdeutsche Regierung bezeichnete das in der DDR entstandene «Regime als rechtswidrig». Der Vorschlag aus der UdSSR, aus dem gesamten Deutschland einen neutralen Staat zu machen (Stalin-Note), wurde zwischen 1952 und 1956 immer wieder diskutiert. Doch die westdeutsche Regierung unter Konrad Adenauer lehnte das ebenso ab wie die westlichen Alliierten.

Nachdem Westdeutschland 1954 mit der neu gegründeten Bundeswehr wieder über eine eigene Armee verfügte, wurde die BRD Mitglied in der NATO. Erst dann, 1955, entstand der Warschauer Pakt, in dem sich die DDR, die osteuropäischen Länder und die UdSSR militärisch zusammenschlossen. 1957 wurde die «Truman-Doktrin» von der «Eisenhower-Doktrin» des damaligen US-Präsidenten Dwight D. Eisenhower abgelöst. Inhaltlich änderte sich nicht viel. Die USA würde weiterhin jedem Land, das sich vom Kommunismus bedroht fühlte, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln beistehen.

Einen deutschen Friedensvertrag gab und gibt es bis heute nicht. Nach der Wiedervereinigung 1989/90 löste die DDR sich auf und gilt im westlich geprägten Deutschland bis heute als «Unrechtsstaat».

Bereit, den Preis zu zahlen

Nachdenken über die deutsche Aussenpolitik und jede Bilanz über deren künftige Ausgestaltung solle «mit der Kenntnis der Fakten beginnen», hatte Aussenminister Klaus Kinkel im Vorwort zum 125jährigen Jubiläumsband geschrieben. So sollte man davon ausgehen, dass die zahlreichen Dokumentensammlungen des Auswärtigen Amtes, die Reden, Erklärungen, Verträge, Gesetze, offizielle und Geheimberichte, Anweisungen, Gerichtsurteile, Lageanalysen und Leitlinien des Planungsstabes des Auswärtigen Amtes zum Basiswissen von deutschen Diplomaten gehören.

Ob die aktuelle deutsche Aussenministerin Annalena Baerbock diesen Ratgeber und die darin zusammengefassten Dokumente kennt, ist fraglich. Der von ihr bekannt gewordene Werdegang weist nicht darauf hin, dass sie viel über die deutsche Geschichte, die Umstände der Entstehung von BRD und DDR und die Rolle der Siegermächte dabei weiß. Nicht viel mehr Wissen scheint sie über die vielen Jahre deutscher Aussenpolitik zu haben.

«Ich bin 40 Jahre alt, wurde in Westdeutschland geboren und habe glücklicherweise nie Krieg oder Diktatur erlebt», sagte Baerbock bei ihrem Vortrag an der New School in New York. Immerhin war sie schon 19 Jahre alt, als die NATO im März 1999 völkerrechtswidrig und ohne UN-Mandat Jugoslawien überfiel. Mit

dabei die Bundeswehr, die Luftangriffe flog. Deutschland wurde von Bundeskanzler Gerhard Schröder, SPD geführt, Aussenminister war Joschka Fischer von den Grünen.

Es gab grosse Demonstrationen in Deutschland und Europa, auch unter Beteiligung von Grünen, die einen Rückzug der NATO und ein Ende des Krieges gegen Jugoslawien forderten. Nicht so Joschka Fischer, der auf dem Parteitag der Grünen für die Zustimmung seiner Partei zu dem Krieg warb. Er begründete das unter anderem damit, dass ein «neuer Holocaust verhindert» werden müsse.

Fischer hatte damals in US-Aussenministerin Madelaine Albright eine Mentorin, die ihn 1998 unter ihre Fittiche genommen hatte, als er Aussenminister der rot-grünen Regierung Schröder geworden war.

Offenbar fühlt sich auch die heutige Aussenministerin von Albright angezogen. Nachdem diese im März 2022 gestorben war, verkündete Baerbock auf ihrem offiziellen Twitteraccount Aussenministerin@abaerbock:

«Mit Haltung, Klarheit und Mut stand Madeleine Albright als erste US-Aussenministerin ein für Freiheit und die Stärke von Demokratien. Mit ihr verlieren wir eine streitbare Kämpferin, wahre Transatlantikerin und Vorreiterin. Auch ich stehe heute auf ihren Schultern.»

Frau Baerbock auf den Schultern von Madelaine Albright? Einer Politikerin, die den Tod von mehr als 500'000 Kindern im Irak rechtfertigte, die wegen der damaligen UN-Sanktionen gegen den Irak keine Medikamente erhielten und an Durchfallerkrankungen und Unterernährung starben. Das sei «den Preis wert» gewesen, so Frau Albright in einem Interview mit dem TV-Programm «60 Minutes» im Jahr 1997.

Baerbock übernahm diese Formulierung von Madelaine Albright, als sie Anfang Februar 2022 – vor dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine – in Kiew klarmachte, Deutschland sei bereit «für die Sicherheit der Ukraine» einen «hohen wirtschaftlichen Preis zu zahlen». Wer in Deutschland wurde gefragt, ob er oder sie einverstanden seien? Warum vermittelte Deutschland nicht in dem Konflikt? Weil Washington es nicht wollte?

Schlüsselqualifikation verfehlt

Vermutlich fragt sich nicht nur die Autorin dieses Artikels, was die Politikerin Baerbock für das Amt einer Aussenministerin qualifiziert? Sie hat ihr Handwerk jedenfalls nicht in einer mehrjährigen deutschen Diplomatausbildung erlernt. Das ergibt sich aus ihrem Lebenslauf und aus einer Einladung des Auswärtigen Amtes zu Informationstagen unter dem Titel «Möchten Sie Aussenpolitik zu Ihrem Beruf machen?» An «über 200 deutschen Auslandsvertretungen» würden «Diplomatinnen und Diplomaten ... Deutschland in der Welt vertreten», heisst es da. Deutschland übernehme «Verantwortung für die Lösung von Krisen, die nachhaltige Entwicklung oder auch (für) internationale Energie- und Umweltpolitik».

Als «Schlüsselqualifikation» wird «hohe soziale und interkulturelle Kompetenz» genannt. Das Auswärtige Amt suchte «flexible und intellektuell leistungsstarke Personen mit ausgeprägtem Interesse für politische Zusammenhänge (...) und fortgesetzter Neugier auf andere Länder und Kulturen».

Das Auftreten der heutigen Aussenministerin und viele ihrer bisherigen Erklärungen sprechen nicht dafür, dass sie über diese «Schlüsselqualifikation» verfügt. Zweifel sind angebracht, wie sie «Deutschland in der Welt vertreten und damit «Verantwortung für die Lösung von Krisen» übernehmen will. Sie spaltet und polarisiert und beharrt darauf, Recht zu haben. Sie kann nicht zuhören und tritt lehrmeisterhaft auf. Für eine Position, in der man für einen Staat das Gespräch auch mit solchen Staaten aufrechterhalten soll, die als «unfreundlich» eingestuft werden, sind Auftritte wie die von Baerbock unakzeptabel.

Beispielhaft sei der Antrittsbesuch von Baerbock in Moskau im Januar erwähnt, wo sie lehrmeisterhaft auftrat und mit Sanktionen drohte, sollte Russland in Sachen Ukraine nicht einlenken. Es sei «schwer», die russischen Manöver an der Grenze (zur Ukraine) «nicht als Drohung zu verstehen», so Baerbock. Sie erwähnte nicht den fortgesetzten NATO-Aufmarsch in der Ukraine und anderen osteuropäischen Ländern, die von Russland als «Bedrohung seiner Sicherheit» angesehen werden.

Auch die Begegnung mit dem türkischen Aussenminister Mevlüt Cavusoglu in Ankara Ende Juli war von Besserwisserei und direkter Konfrontation geprägt. Selbst wenn die Türkei politisch durchaus zu kritisieren ist, sollte eine Diplomatin so auftreten, dass eine Gesprächsgrundlage erhalten bleibt.

In dem Werbetext des Auswärtigen Amtes heisst es, deutsche Aussenpolitiker sollten «Deutschland in der Welt vertreten» und nicht: Die deutsche Aussenministerin erklärt anderen die Welt. Deutsche Aussenpolitiker sollten «Verantwortung für die Lösung von Krisen» tragen, ist das möglich, ohne die Ursachen von Krisen einzubeziehen? «Flexible und intellektuell leistungsstarke Personen mit ausgeprägtem Interesse für politische Zusammenhänge» sucht das Auswärtige Amt, wie also konnte diese Politikerin deutsche Aussenministerin werden, obwohl sie offensichtlich nicht über entsprechende Qualifikationen verfügt?

Ist sie eine grüne Quotenfrau, die einen qualifizierten SPD-Aussenpolitiker wie Rolf Mützenich verhindern sollte? Oder sollte sie den grünen Aussenpolitiker Jürgen Trittmann verhindern? Oder stand ihr Name vielleicht auf der Wunschliste Washingtons für die neue Bundesregierung? Die US-Administration hat ja bekanntlich seit Jahren daran gearbeitet, eine Regierung in Berlin zu sehen, die sich gut mit Washington und auf keinen Fall mehr mit Moskau verstehen soll. Endlich ist das geschafft. Das US-Mantra von der «Abhängigkeit von russischem Gas» bestimmt heute Politik und Medien in Deutschland. Und ganz nebenbei ist das ein gutes

Geschäft für die USA, die Deutschland nicht nur ihr dreckiges Gas über den Ozean in umweltschädigende Terminals an Nord- und Ostseeküste verkauft, sondern auch Milliardenschwere Aufträge der Bundeswehr bei US-Rüstungsfirmen gesichert hat.

Mit Baerbock und Habeck in den zwei Schlüsselressorts Aussenpolitik und Wirtschaft, hätte Washington es nicht besser treffen können. Habeck versicherte bei seinem Besuch in Washington im März, Deutschland sei bereit *«eine dienende Führungsrolle auszuüben»*. Mit der Bereitschaft der Bundesregierung zu 100 Milliarden Euro für Militärausgaben und zu Waffenlieferungen in die Ukraine sei auch die Bereitschaft zu mehr Verantwortung innerhalb der Nato verbunden, so Habeck. «Und das ist ja auch der Plan.» Freiheit müsse *«finanziert werden»*.

Ein neues grün-transatlantisches «Harmonie-Paar»

Das liegt ganz auf der Linie von Bundesaussenministerin Baerbock, die wie bei jeder Gelegenheit, auch auf der Münchner Sicherheitskonferenz Mitte Februar die transatlantische Geschlossenheit beschwore. *«Lieber Tony Blinken»*, sprach sie US-Aussenminister Antony Blinken direkt an. Die Zeiten seien zwar *«schwierig»*, doch sie sei optimistisch gestimmt. Grund dafür sei *«das Wissen um die Kraft unserer transatlantischen Geschlossenheit und die Unverbrüchlichkeit unseres Bündnisses. Und um die Stärke unserer liberalen Demokratien.»* Deswegen sei ihre Antwort auf die Frage (...) ob man hilflos sei oder nicht, eindeutig: *«Wir sind nicht kollektiv hilflos. Im Gegenteil. Wir schöpfen unsere Stärke aus unserem gemeinsamen Handeln. Wir haben es alle gemeinsam in der Hand, ob wir hilflos sind, oder eben nicht.»*

Aufmerksame Journalisten beobachteten viel Übereinstimmung von Baerbock und Blinken bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Er habe schon applaudiert, als sie zum Rednerpult gegangen sei, hieß es in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ). Und als sie Russland vorwarf, sowohl die Ukraine als auch Europa zu bedrohen, nickte Blinken zufrieden.

Baerbock habe *«Klartext»* geredet, das habe Blinken gefallen. Ihre Tonlage entspreche *«dem Mantra der US-Regierung»*. Später hätten beide auf der Bühne gesessen, in Schattierungen von Blau *«farblich aufeinander abgestimmt»*. Blinken habe Baerbock als *«Freundin und Kollegin»* angesprochen und versichert: *«Wir haben die gleiche Sichtweise»*, man ergänze sich. Die Presse sprach von einem neuen *«deutsch-amerikanischen Tandem»*, ähnlich wie es das nach 1998 mit US-Aussenministerin Madeleine Albright und dem damaligen Aussenminister Joschka Fischer gegeben habe. *«Wächst ein neues Harmonie-Paar zusammen?»*

Denken ohne Geländer?

In der *«Grundsatzrede»* an der New School in New York sprach Baerbock die Studierenden an und sagte, sie täten *«genau das, was Hannah Arendt – die, wie Sie ja alle wissen, auch an dieser Universität gelehrt hat – meinte, als sie vom «Denken ohne Geländer» sprach.»* Nach Interpretation Baerbocks bzw. des Redenschreibers oder der Redenschreiberin habe die streitbare Philosophin Hanna Arendt damit gemeint, man solle *«mutig genug»* sein, Vorurteile und vorgefasste Meinungen abzulegen und *«(sich) neuen Vorstellungen zu öffnen. Der Ansatz sei «nicht unbedingt Bestandteil der DNA von Politikerinnen und Politikern»*, kokettierte Baerbock Beifall heischend und fuhr fort: *«Wir müssen frische Ideen entwickeln»* und *«bereit sein, die Welt auch aus dem Blickwinkel von Menschen zu sehen, die unsere Meinung nicht teilen.»*

Die folgenden Ausführungen machten deutlich, dass Baerbock sich mit Hannah Arendt vermutlich noch nie wirklich auseinandergesetzt hatte. Sie benutzte die Philosophin nur, um sich völlig oberflächlich einen anschaulichen Begriff anzueignen, der sich Presse und Zuhörerschaft einprägen würde. Die Denkarbeit von Hannah Arendt, die hinter dem Begriff liegt, kommt nicht vor und ist für die deutsche Aussenministerin auch unwichtig. Ganz wie es jede PR-Strategie vorsieht ist nur wichtig, dass Baerbock mit diesem Begriff ihre Botschaft verbreiten konnte. Sie sagt: *«Für uns bedeutet «Denken ohne Geländer»: Deutschland hat ein Sondervermögen von 100 Milliarden Euro aufgelegt, mit dem wir unsere Bundeswehr stärken wollen. Wir haben seit Jahrzehnten bestehende Grundsätze bei Rüstungsexporten revidiert, so dass Deutschland mittlerweile zu den stärksten militärischen und finanziellen Unterstützern der Ukraine zählt.»*

Und wir haben unseren Beitrag zur NATO ausgeweitet: Deutschland hat die Führung des NATO-Gefechtsverbands in Litauen übernommen und stellt eine Brigade mit bis zu 800 Soldatinnen und Soldaten bereit, die bei Bedarf dorthin verlegt werden können. Wir beteiligen uns mit unseren Kampfflugzeugen an der Sicherung des Luftraums über den Baltischen Staaten – und am Schutz der Slowakei mit Patriot-Luftabwehrsystemen.

Aber wir wissen auch, dass das noch nicht ausreicht. Unser Ziel ist es, den europäischen Pfeiler der NATO weiter zu stärken. *«Europe matters»* – Europa hat Gewicht, auch sicherheitspolitisch – das haben wir nach dem 24. Februar erlebt.»

Die Demokratie sei schwierig und kompliziert, doch sie eröffne die Debatte, das *«Denken ohne Geländer»* und den Streit, so Baerbock. Menschen in Amerika und in Europa müssten *«Möglichkeiten für kreative Auseinandersetzungen schaffen, damit unsere Demokratien sich entwickeln, voranschreiten und sich modernisieren können.»* Man müsse *«sicherstellen, dass unsere Demokratien vor Versuchen geschützt werden, das*

zu zerstören, was ihren Wesenskern ausmacht, nämlich die Werte und Institutionen, ohne die sie nicht lebensfähig sind.»

Um sich dabei gegenseitig zu unterstützen, sei ein «deutsch-amerikanisches Zukunftsforum» geschaffen worden. Dort sollten «junge Fachleute sowie Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger aus unseren beiden Ländern zusammen(kommen), um neue Ideen für unsere Gesellschaften und die transatlantische Partnerschaft zu entwickeln, kurz gesagt: Für ein «Denken ohne Geländer».

Es wäre interessant zu hören, was Hannah Arendt zu dieser transatlantischen Interpretation ihrer philosophischen Denkarbeit zu sagen hätte.

Nachtrag: An dieser Stelle sei daran erinnert, dass das Aussenministerium in Berlin die Leitung bei der Schaffung einer Nationalen Sicherheitsstrategie übernommen hat, die es in Deutschland so noch nie gab. In einem «umfassenden Dialogprozess (...) in einem gemeinsamen und inklusiven Prozess mit der Öffentlichkeit sowie Expertinnen und Experten» soll diese Strategie «zwischen Menschen» gestaltet werden: «Denn es geht um menschliche Sicherheit. Es geht um die Freiheit jedes einzelnen Menschen – bei uns und weltweit.»

Deutschland und die USA als Zukunftsgestalter weltweit?

Von Nord-, Süd- und Mittelamerika über Afrika, den Nahen und Mittleren Osten bis Asien – erinnert man sich sehr wohl an Jahrhunderte europäischer Kolonialherrschaft, die stellvertretend der Journalist und Schriftsteller Eduardo Galeano (Uruguay) in seinem Buch «Die offenen Adern Lateinamerikas» so beschrieb: «Sie hinterliessen uns ... Gärten, die zu Wüsten wurden, brachliegende Felder, ausgehöhlte Berge, faules Wasser, lange Karawanen von Unglücklichen, die zu einem frühen Tod verurteilt sind, und leere Paläste voller Gespenster. (...) Wir Lateinamerikaner sind arm, weil der Boden auf dem wir gehen, reich ist.» Und weltweit – von Süd- und Mittelamerika, über Afrika, den Nahen und Mittleren Osten bis nach Asien – erinnert man sich an die USA, die seit dem Ende des 2. Weltkrieges für Putsche, Kriege und Kriegsverbrechen, für Flucht und Vertreibung von Millionen Menschen, für die Zerstörung von Staaten und für die Plünderung ihrer ökonomischen Grundlagen verantwortlich ist.

Die USA, die sich für auserwählt hält und darum Journalisten wie Julian Assange verfolgt, der dabei half, US-Kriegsverbrechen im Irak aufzudecken. Deutschland und die USA – Partners in Leadership?

Quelle: <https://www.nachdenkseiten.de/?p=86846>

Verbreitung des richtigen Friedenssymbols



Das falsche Friedenssymbol – die heute weltweit verbreitete sogenannte <Todesrune>, die aus den keltischen Futhark-Runen resp. der umgedrehten Algiz-Rune fabriziert wurde – ist der eigentliche Inbegriff negativer Einflüsse und schafft zerstörerische Schwingungen hinsichtlich Unfrieden, Fehden und Hass, Rache, Laster, Süchte und Hörigkeit, denn die <Todesrune> bedeutet für viele Menschen Reminiszenzen an die NAZI-Zeit, an Tod und Verderben, wie aber auch Ambitionen in bezug auf Kriege, Terror, Zerstörungen vieler menschlicher Errungenschaften und allen notwendigen Lebensgrundlagen jeder Art und weltweit Unfrieden.

Es ist wirklich dringlichst notwendig, dass die <Todesrune> als falsches Friedenssymbol, das Unfrieden und Unruhe schafft, völlig aus der Erdenwelt verschwindet und dadurch das uralte sowie richtige Peacesymbol auf der ganzen Erde verbreitet und weltbekanntgemacht wird, dessen zentrale Elemente Frieden, Freiheit, Harmonie, Stärkung der Lebenskraft, Schutz, Wachstum und Weisheit reflektieren, aufbauend wirken und sehr besänftigend und friedlich-positiven Schwingungen zum Durchbruch verhelfen, die effectiv Frieden, Freiheit und Harmonie vermitteln können!

Wir wenden uns deshalb an alle FIGU-Mitglieder, an alle FIGU-Interessengruppen, Studien- und Landesgruppen sowie an alle vernünftigen und ehrlich nach Frieden, Freiheit, Harmonie, Gerechtigkeit, Wissen und Evolution strebenden Menschen, ihr Bestes zu tun und zu geben, um das richtige Friedenssymbol weltweit zu verbreiten und Aufklärung zu schaffen über die gefährliche und destruktive Verwendung der <Todesrune>, die in Erinnerung an die NAZI-Verbrechen kollektiv im Sinnen und Trachten der Menschen Charakterverlotterung, Ausartung und Unheil fördert.

Autokleber

Größen der Kleber:

120x120 mm	= CHF	3.–
250x250 mm	= CHF	6.–
300x300 mm	= CHF	12.–

Bestellen gegen Vorauszahlung:

FIGU
Hinterschmidrüti 1225
8495 Schmidrüti
Schweiz

E-Mail, WEB, Tel.:

info@figu.org
www.figu.org
Tel. 052 385 13 10
Fax 052 385 42 89

IMPRESSUM**FIGU-SONDER-ZEITZEICHEN**

Druck und Verlag: FIGU Wassermannzeit-Verlag,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Redaktion: BEAM <Billy> Eduard Albert Meier,
Semjase-Silver-Star-Center, 8495 Schmidrüti, Schweiz
Telephon +41(0)52 385 13 10, Fax +41(0)52 385 42 89
Wird auch im Internetz veröffentlicht

Erscheint sporadisch auf der FIGU-Webseite

Postcheck-Konto: FIGU Freie Interessengemeinschaft,
8495 Schmidrüti, PC 80-13703-3
IBAN: CH06 0900 0000 8001 3703 3

E-Brief: info@figu.org

Internetz: www.figu.org

FIGU-Shop: <http://shop.figu.org>



© FIGU 2022

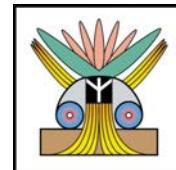
Einige Rechte vorbehalten.

Dieses Werk ist, wo nicht anders
angegeben, lizenziert unter :
www.figu.org/licenses/by-nc-nd/2.5/ch/

Die nicht-kommerzielle Verwendung ist daher ohne weitere Genehmigung des Urhebers ausdrücklich erlaubt.

Erschienen im Wassermannzeit-Verlag: FIGU, <Freie Interessengemeinschaft Universell>, Semjase-Silver-Star-Center,
Hinterschmidrüti 1225, 8495 Schmidrüti ZH, Schweiz

**Für CHF/EURO 10.- in einem Couvert senden
wir Dir/Ihnen 3 Stück farbige Friedenskleber
-----der Grösse 120x120 mm. = Am Auto aufkleben.**



Geisteslehre Friedenssymbol

Frieden

Wahrer Frieden kann auf Erden unter der Weltbevölkerung erst dann werden,
wenn jeder verständige und vernünftige Mensch endlich gewaltlos den ersten
Tritt dazu macht, um dann nachfolgend in Friedsamkeit jeden weiteren Schritt
bedacht und bewusst bis zur letzten Konsequenz der Friedenswerdung zu tun.

SSSC, 10. September 2018, 16.43 h, Billy